

N i e d e r s c h r i f t

der 38. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Stadtrates am 21.11.2012

öffentlich

Ort: Stadthaus, Festsaal,
Marktplatz 2,
06100 Halle (Saale),

Zeit: 14:00 Uhr bis 20:41 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Frau Oberbürgermeisterin Dagmar Szabados		
Herr Harald Bartl	parteilos	
Frau Dr. Annegret Bergner	CDU	Anwesenheit ab 14:17 Uhr
Herr Bernhard Bönisch	CDU	
Herr Lothar Dieringer	parteilos	
Herr Roland Hildebrandt	CDU	
Herr Werner Misch	CDU	
Herr Raik Müller	CDU	
Herr Frank Sänger	CDU	Anwesenheit bis 19:41 Uhr
Herr Andreas Schachtschneider	CDU	Anwesenheit ab 14:25 Uhr
Herr Andreas Scholtyssek	CDU	Anwesenheit bis 20:01 Uhr
Herr Michael Sprung	CDU	
Frau Dr. Ulrike Wünscher	CDU	
Herr Dr. Erwin Bartsch	parteilos	
Frau Ute Haupt	DIE LINKE.	
Herr Swen Knöchel	DIE LINKE.	
Herr Dr. Uwe-Volkmar Köck	DIE LINKE.	Anwesenheit bis 18:40 Uhr
Herr Hendrik Lange	DIE LINKE.	
Frau Birgit Leibrich	parteilos	
Herr Dr. Bodo Meerheim	DIE LINKE.	
Frau Elisabeth Nagel	DIE LINKE.	
Herr Olaf Sieber	DIE LINKE.	Anwesenheit von 14:20 Uhr bis 17:37 Uhr
Frau Dr. Petra Sitte	DIE LINKE.	Anwesenheit bis 17:37 Uhr
Herr René Trömel	DIE LINKE.	Anwesenheit ab 14:10 Uhr
Herr Dr. Mohamed Yousif	DIE LINKE.	Anwesenheit bis 19:33 Uhr
Herr Robert Bonan	parteilos	Anwesenheit ab 14:33 Uhr
Herr Dr. Karamba Diaby	SPD	Anwesenheit ab 14:31 Uhr
Frau Gertrud Ewert	SPD	
Herr Thomas Felke	SPD	
Herr Dr. Rüdiger Fikentscher	SPD	Anwesenheit bis 20:27 Uhr
Herr Klaus Hopfgarten	SPD	
Herr Gottfried Koehn	SPD	
Herr Johannes Krause	SPD	
Herr Dr. med. Detlef Wend	SPD	
Herr Andreas Hajek	parteilos	Anwesenheit bis 20:01 Uhr
Herr Gerry Kley	FDP	
Frau Katja Raab	FDP	
Herr Manfred Schuster	DIE GRAUEN/ Volkssolidarität	Anwesenheit bis 20:01Uhr
Frau Martina Wildgrube	FDP	
Herr Dr. Hans-Dieter Wöllenweber	FDP	
Herr Denis Häder	MitBÜRGER für Halle	Anwesenheit bis 19:06 Uhr
Herr Manfred Sommer	MitBÜRGER für Halle	
Herr Dietrich Strech	MitBÜRGER für Halle	Anwesenheit ab 14:17 Uhr
Frau Sabine Wolff	NEUES FORUM	
Herr Tom Wolter	MitBÜRGER für Halle	Anwesenheit ab 14:31Uhr
Frau Christine Hock	Verwaltung	
Frau Elisabeth Krausbeck	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	

Herr Christoph Menn	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Anwesenheit ab 15:10 Uhr
Herr Oliver Paulsen	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Herr Dietmar Weihrich	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Anwesenheit ab 14:40 Uhr
Herr Gerhard Pitsch	NPD	
Herr Egbert Geier	Bürgermeister	
Herr Uwe Stäglin	Beigeordneter	
Herr Dr. Bernd Wiegand	Beigeordneter	
Herr Tobias Kogge	Beigeordneter	
Herr Wolfram Neumann	Beigeordneter	

Entschuldigt fehlen:

Herr Martin Bauersfeld	CDU
Herr Jürgen Busse	CDU
Herr Uwe Heft	parteilos
Herr Rudenz Schramm	parteilos
Frau Hanna Haupt	SPD
Frau Katharina Hintz	SPD
Frau Dr. Inés Brock	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Herr Bartl begrüßte die Teilnehmer und informierte, dass Jugendliche vom Projekt „Demokratie macht Schule“ an der Sitzung teilnehmen werden. Er rief die Stadträte zu einem vorbildlichen Miteinander auf.

zu **Einwohnerfragestunde**

Herr Gerhard Vogel, der in Halle geboren wurde und seitdem in Halle wohnt, wandte sich an den Stadtrat mit folgender Frage:

Ist es in naher Zukunft möglich, dass die Einwohner ab dem 75. Lebensjahr die öffentlichen Verkehrsmittel kostenlos nutzen können?

Herr Gerhard Vogel äußerte, dass in anderen europäischen Städten für alle Einwohner ab dem 60. Lebensjahr die Möglichkeit der kostenlosen Nutzung der öffentlichen Verkehrsmittel gegeben sei.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados brachte zum Ausdruck, dass dies der Stadtrat nicht einfach beschließen könne. Hierzu müssten Überschüsse vorhanden sein. Und es könne auch das Alter kein Kriterium sein, um die kostenlose Nutzung der öffentlichen Verkehrsmittel zu beanspruchen. Es gestalte sich auch sehr schwierig, dies kommunalrechtlich zu trennen.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados wies darauf hin, dass die Haushaltssituation der Stadt Halle, es in den nächsten Jahren nicht hergeben würde, dies zu realisieren. Weiterhin merkte sie an, dass dies auch nicht von der HAVAG verlangt werden könne, da es einer verdeckten Gewinnausschüttung gleich käme. Sie bat Herrn Gerhard Vogel um Verständnis, dass die kostenlose Nutzung der öffentlichen Verkehrsmittel nicht möglich sei.

Frau Dr. Anna-Elisabeth Hintzsche begrüßte alle Anwesenden und äußerte sich im Namen der Initiative „Zum 100. Geburtstag des Stadtbades“ und stellte folgende Fragen:

- Welche Konzepte liegen für die Sanierung und Nutzung des Stadtbades vor?
- Inwieweit wurden diese bisher umgesetzt?
- Welche Pläne gibt es für die Zukunft?
- Gibt es kurzfristige Pläne für die Wiedereröffnung der Frauenhalle?

Frau Oberbürgermeisterin Szabados wies Frau Dr. Hintzsche darauf hin, dass die Bäder in der Gemeindeverordnung als sogenannte „Freiwilligenaufgabe“ deklariert sind. Der Stadtrat wisse, dass die Freibäder in einer Stadt zur Lebenskultur dazu gehören. Durch die schwierige Haushaltssituation wurden die Bäder an die Bäder GmbH, mit einem fest ausgehandelten Zuschuss von Seiten der Stadt, übertragen.

Sie wies weiter darauf, dass seit der Übertragung viel Geld in die Sanierung der Bäder, z. B. Nordbad und Saline, geflossen sei.

Bei dem, Anfang der neunziger Jahre bereits schon einmal sanierten, Stadtbad wurde angenommen, dass wäre nicht so dringend. Das Stadtbad wird als historischem Bad und Kleinod der Stadt Halle gesehen. Durch erhebliche Baumängel und die Gefährdung der Badenden musste die Bäder GmbH reagieren

Frau Oberbürgermeisterin Szabados äußerte weiterhin, dass die Stadtverwaltung, der Stadtrat und die Stadtwerke gemeinsam alles daran setzen werden, dass die weitere Sanierung des Stadtbades fortgesetzt werden könne.

Nachdem **Herr Maik Naumann** Frau Oberbürgermeisterin Szabados sowie Herrn Bartl begrüßte, äußerte er sich zu einem Schreiben, welches er vom Landesverwaltungsamt erhalten habe. Dies beinhalte Zahlen und Fakten.

Er merkte an, dass hier eventuell Gelder veruntreut oder nicht sachgerecht verwendet würden. Herr Naumann nannte hierbei das Beispiel der Straßenreinigung sowie die Entfernung des Laubes.

Herr Naumann erinnerte daran, dass sich bereits ein sehr schöner Sportplatz nebenan befinde, wo der BSV Halle Ammendorf trainiere. Herr Naumann wies aber darauf hin, dass an den Trainings- sowie Spieltagen die flutlichtartigen Strahler die halbe Nacht leuchten und somit zu einer Belastung würden, da man die ganze Nacht nicht schlafen könne. Er bat auch darum, die Umfunktionierung des Bades in einen Sportplatz zu überdenken, da es bereits ein sehr schönes Stadion gäbe

Frau Oberbürgermeisterin Szabados erinnerte Herrn Neumann daran, dass es einen eindeutigen Beschluss der Entwidmung des Sommerbad Ammendorf gäbe. Sie erinnerte daran, dass es besser sei, über eine Neunutzung der Fläche nachzudenken, als diese zu verkaufen oder weiter zu vermarkten. Eine Sanierung des Bades sei aus finanzieller Sicht nicht möglich. Es sei nicht mehr machbar, den Abriss 2013 abzuwenden. Auch sei über die weitere Nutzung der Fläche noch nicht entschieden

Herr Torsten Fritz begrüßte alle Anwesenden und sprach den Tagesordnungspunkt 6.12 Abfallgebührensatzung der Stadt Halle (Saale) an.

Er bat darum, den Beschluss negativ ausgehen zu lassen bzw. zurück zu ziehen, da dieser mehrere Mängel und hohe Kostenblöcke aufweise. Herr Fritz habe im März 2012 zwei Urteile erhalten. Darin wurde die Abfallgebührensatzung 2011/2012 für rechtswidrig befunden, wegen der Verletzung des Gebotes auf lineare Staffelführung.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, wies Herrn Fritz darauf hin, dass er nur 4 kurze und prägnante Fragen stellen dürfe.

Herr Fritz äußerte darauf hin, dass er ja 3 Minuten Zeit hätte und er sich extra eine Uhr mitgebracht habe und bat um Fortführung seiner Rede. Er zitierte den Eintrag von Frau Dr. Sitte in der Landtagsdrucksache, 3/1386 vom 07.04.1999. Darin heißt es, dass Mengenrabatte auf Umweltverbrauch grundsätzlich nicht zugelassen werden. Eine degressive Gebührengestaltung widerspreche diesen Anliegen und sei daher ausgeschlossen.

Herr Fritz wies darauf hin, dass in den Jahren von 2005 – 2008 eine rechtswidrige Überschreitung der ansatzfähigen Kosten erfolgte. Er zitierte aus dem Wortprotokoll von Herrn Dr. Meerheim und Herrn Bönisch zum damaligen Entscheid.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, wies auf die überschrittene Zeit hin und Herr Fritz beendete seine Rede mit der Bitte, über das Problem sachlich zu reden und verabschiedete sich.

Frau Carola Hornbogen begrüßte die Oberbürgermeisterin, Herrn Stäglin sowie die Damen und Herren vom Stadtrat.

Sie erinnerte den Stadtrat an das Ergebnis der dritten Bürgeranhörung, vom 19.11., 17 Uhr, im Stadthaus und stellte folgende Frage:

- Wie ist die Haltung der Stadt zu Fällung der Bäume am Preßlersberg und die fehlerhafte Planung der vermeintlichen Freifläche, auf der sich eine Zisterne aus der Kriegszeit befinde?

Herr Stäglin, Beigeordneter Dezernat Planen und Bauen, fasste 3 Vereinbarungen zusammen:

1. Überprüfung der Wildkirsche
2. Kontrolle der Robinien mit einem externen Gutachter und
3. Fortsetzung der Bauarbeiten zur Gestaltung des Spielplatzes.

Des Weiteren informierte er, dass die Zisterne unter der Freifläche 2011 von einem Ingenieurbüro untersucht und keine Geruchsbelästigung festgestellt werden konnte. Damit stehen der geplanten Nutzung der Freifläche als Kinderspielplatz aus statisch konstruktiver Sicht, keine Bedenken entgegen. Die Freifläche könne mit Baufahrzeugen bis 7,5 Tonnen befahren werden.

Frau Hornbogen äußerte sich dahingehend, dass es Geruchsbelästigungen durch Brackwasser gäbe. Es wäre kein Ablauf und kein Zulauf vorhanden und es gäbe Verwurzelungen. Sie wies darauf hin, dass die Fläche kontaminiert sein könnte und bat darum, dies noch mal zu überprüfen.

Herr Stäglin, Beigeordneter Dezernat Planen und Bauen, stellte noch einmal klar, dass der Gutachter keine Geruchsbelästigung feststellen konnte und auch keine verdeckten Schäden zu erwarten seien, da nur fäkalienfreies Wasser eingeleitet werde.

Die Einwohnerfragestunde wurde damit beendet.

zu Verabschiedung der Oberbürgermeisterin vom Stadtrat und den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt Halle (Saale)

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, verabschiedete Frau Oberbürgermeisterin Szabados.

Er gratulierte ihr nachträglich zum 65. Geburtstag, der am 10. November war.

Herr Bartl, erinnerte an 22 Jahre monatlicher Sitzungen im Stadtrat Halle, wies auf die vielen Stunden der Sitzungen hin und, dass dies die Letzte sei.

Er erwähnte auch die emotionale Seite der Verabschiedung und dass Abschiede das Miteinander widerspiegeln. Was war gewesen, wie hat man sich auseinandergesetzt.

Herr Bartl erinnerte daran, dass durch Frau Oberbürgermeisterin Szabados die Entwicklung von Halle, die Etablierung als Wissens- und Kulturstadt, ein großes Stück voran gekommen, aber noch nicht abgeschlossen sei.

Die Stadt Halle habe eine bemerkenswerte Industrie- und Wissenschafts- und Kulturan-siedlung erfahren.

Die Stadt Halle sei einfach anziehender geworden.

Weiterhin erinnerte **Herr Bartl** daran, dass Kinder, die Jugendlichen sowie Senioren - ihre Lebenssituation - immer ein großes Anliegen von Frau Oberbürgermeisterin Szabados waren, und sie immer den verbindlichen Kontakt zu den Menschen gesucht habe.

Er erwähnte auch, dass zu jeden Kampf auch Niederlagen in einer Amtszeit dazu gehörten. Frau Oberbürgermeisterin Szabados sei mit Überzeugung und Standfestigkeit für ihr Anliegen eingetreten.

Herr Bartl würdigte die großen und kleinen Leistungen des Arbeitslebens und wünschte ihr viel Gelassenheit. Die Stadt Halle sei dankbar für die Mitgestaltungsmöglichkeiten nach 1989.

Er verabschiedete und bedankte sich für die aufopferungsvolle Arbeit zum Wohle der Stadt Halle. Durch die Arbeit von Frau Oberbürgermeisterin Szabados sei die Stadt Halle ein großes Stück vorangekommen.

Herr Bartl beendete seine persönliche und eröffnete die öffentliche Verabschiedung.

Zum Abschluss verlas er die Urkunde, vom 21.12.2012, in welcher die Stadt Halle ihren Dank und ihre Anerkennung aussprach.

Herr Bartl berichtete über die Überlegungen des Stadtrates für ein Abschiedsgeschenk und da Frau Oberbürgermeisterin Szabados als kräftige Arbeiterin im Weinberg bekannt sei, wurde ihr eine Patenschaft am Geiseltalsee für ein Jahr geschenkt. Die Rebe befinde sich in der Reihe 17, Weinstock 19.

Der Stadtrat wünschte ihr viel Spaß beim Ernten.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados wandte sich, nachdem sie Herrn Bartl und den Stadtrat begrüßt hatte, an alle Anwesenden. Sie erinnerte an die 22,5 Jahre ihrer Amtszeit, in der die fünf Zusammensetzungen des Stadtrates erfolgte. Seit dem 06. Juni 1990 habe sie mit Stadträtinnen mit Stadträten zusammen gearbeitet.

Sie bedankte sich bei Herrn Bartl, dass er ihrerseits von Standfestigkeit und nicht von Sturheit sprach. Weiterhin erinnerte sie an den ersten freiwilligen Stadtrat nach dem politischen Umbruch 1990. Sie erkenne fünf Gesichter, die sie seit dem begleiteten: Frau Hanna Haupt, die leider durch Krankheit abwesend war, Herr Gottfried Koehn, Frau Ute Haupt, Herr Heft, Herr Dr. Köck sowie Herrn Senger.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados erinnerte an die gemeinsamen Diskussionen und betitelte sich als pragmatische Enthusiastin. Sie zitierte; „Es gibt nichts Gutes, außer man tut es.“ Der Stadtrat hätte viel diskutiert und „gestritten“. Streit in einer Demokratie heißt für etwas zu kämpfen. Sie erinnerte daran, dass es Strukturveränderungen in der Verwaltung schon immer gegeben habe und es auch immer geben werde.

Sie wünschte sich für die Zukunft, dass man konstruktiv diskutiert, bedankte sich für die konstruktive Zusammenarbeit und appellierte, sich daran zu erinnern, dass die Stadträte immer nur das Beste für die Stadt Halle möchten.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados verabschiedete sich und übergab das Wort an Herrn Dr. Köck, Fraktion DIE LINKE.

Herr Dr. Köck, Fraktion DIE LINKE, erinnerte an den Notarbesuch 1990. In der Urkundenrolle von 1991, an der Stelle 492, verhandelt am 15.05.1991. Dort waren Frau Szabados, Herr Wolfgang Kupke, Herr Dr. Uwe Müller, Uwe Botzek, Herr Gregin und Herr Dr. Köck zur Gründung der Stadtwerke GmbH. Da Frau Szabados ihre Abschrift abgeben musste, schenkte Dr. Köck ihr seine.

Somit war die Verabschiedung beendet.

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die 38. öffentliche Sitzung des Stadtrates wurde eröffnet und geleitet vom **Vorsitzenden des Stadtrates, Herrn Harald Bartl**.

Er stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Gegenwärtig seien 49 Mitglieder des Stadtrates (85,96 %) anwesend.

Weiterhin informierte **Herr Bartl** darüber, dass die Ernennung und Ausreichung der Urkunde an den neuen Oberbürgermeister, Herrn Dr. Bernd Wiegand, im öffentlichen Teil erfolgen müsse. Die Vereidigung und Verpflichtung finde in der nächsten Stadtratssitzung statt, aber die Ernennung müsse, laut Gemeindeordnung, bis zum 01.12.2012 öffentlich erfolgt sein.

Daraufhin verlas **Herr Bartl** die Urkunde vom 21.12.2012 und ernannte im Namen der Stadt Halle, Herrn Dr. Bernd Wiegand, geboren am 23.02.1957 in Braunschweig, mit Wirkung zum 01.12.2012 in das Beamtenverhältnis auf Zeit, mit einer Amtszeit von 7 Jahren, zum Oberbürgermeister der Stadt Halle.

Herr Bartl übermittelte seine Glückwünsche an Herrn Oberbürgermeister Dr. Wiegand.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, bat darum, folgende Tagesordnungspunkte von der Tagesordnung abzusetzen:

- 5. Bericht der Oberbürgermeisterin
- 6.3. Vereinsgründung der Metropolregion Mitteldeutschland
Vorlage: V/2012/11010
- 6.3.1. Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Beschlussvorlage "Vereinsgründung der Metropolregion Mitteldeutschland" (Vorlagen-Nr.: V/2012/11010)
Vorlage: V/2012/11235
- 6.17. Nahverkehrsplan der Stadt Halle (Saale) ab 2012
Vorlage: V/2012/10569

- 6.17.1. Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Beschlussvorlage Nahverkehrsplan der Stadt Halle (Saale) ab 2012 (Vorlagen-Nr.: V/2012/10569)
Vorlage: V/2012/11141
- 6.17.2. Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage „Nahverkehrsplan der Stadt Halle (Saale) ab 2012“ - Vorlagen-Nummer: V/2012/10569
Vorlage: V/2012/11108
- 6.17.3. Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Beschlussvorlage Nahverkehrsplan der Stadt Halle (Saale) ab 2012 (Vorlagen-Nr.: V/2012/10569)
Vorlage: V/2012/11136
- 6.17.4. Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Beschlussvorlage Nahverkehrsplan der Stadt Halle (Saale) ab 2012 (Vorlagen-Nr.: V/2012/10569)
Vorlage: V/2012/11137
- 6.17.5. Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Beschlussvorlage Nahverkehrsplan der Stadt Halle (Saale) ab 2012 (Vorlagen-Nr.: V/2012/10569)
Vorlage: V/2012/11139
abgesetzt
- 6.17.6. Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Beschlussvorlage Nahverkehrsplan der Stadt Halle (Saale) ab 2012 (Vorlagen-Nr.: V/2012/10569)
Vorlage: V/2012/11140
- 6.17.7. Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Beschlussvorlage Nahverkehrsplan der Stadt Halle (Saale) ab 2012 (Vorlagen-Nr.: V/2012/10569)
Vorlage: V/2012/11142
abgesetzt
- 6.17.8. Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Beschlussvorlage Nahverkehrsplan der Stadt Halle (Saale) ab 2012 (Vorlagen-Nr.: V/2012/10569)
Vorlage: V/2012/11143
- 6.17.9. Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Beschlussvorlage Nahverkehrsplan der Stadt Halle (Saale) ab 2012 (Vorlagen-Nr.: V/2012/10569)
Vorlage: V/2012/11144
- 6.17.10. Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Beschlussvorlage Nahverkehrsplan der Stadt Halle (Saale) ab 2012 (Vorlagen-Nr.: V/2012/10569)
Vorlage: V/2012/11145
- 6.17.11. Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Beschlussvorlage Nahverkehrsplan der Stadt Halle (Saale) ab 2012 (Vorlagen-Nr.: V/2012/10569)
Vorlage: V/2012/11146
- 6.17.12. Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Beschlussvorlage Nahverkehrsplan der Stadt Halle (Saale) ab 2012 (Vorlagen-Nr.: V/2012/10569)
Vorlage: V/2012/11147
- 6.17.13. Änderungsantrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zum Nahverkehrsplan der Stadt Halle (Saale) ab 2012 (V/2012/10569)
Vorlage: V/2012/11186
abgesetzt

- 6.17.14. Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Vorlage "Nahverkehrsplan der Stadt Halle (Saale) ab 2012 (Vorlage V/2012/10569)
Vorlage: V/2012/11237

- 6.23. Brandschutzbedarfsplan
Vorlage: V/2012/10626

- 7.1. Antrag der CDU-Fraktion zur Errichtung einer öffentlichen Bedürfnisanstalt im Gebiet der Ziegelwiese
Vorlage: V/2012/10964

- 7.2. Antrag der CDU-Fraktion zur Einführung des elektronischen Baugenehmigungsverfahrens
Vorlage: V/2011/10214

- 7.7. Antrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Erstellung eines Personalkonzeptes
Vorlage: V/2012/11056

- 7.8. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Unterstützung der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg
Vorlage: V/2012/11102

- 7.8.1. Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Unterstützung der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg (Vorlagen-Nr. V/2012/11102)
Vorlage: V/2012/11168

- 7.8.1.1. Änderungsantrag der FDP-Stadtratsfraktion zum Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Unterstützung der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg (Vorlagen-Nr. V/2012/11168)
Vorlage: V/2012/11172

- 7.8.1.2. Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. zum Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Unterstützung der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg (Vorlagen-Nr.: V/2012/11168)
Vorlage: V/2012/11240

- 7.9. Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Unterstützung der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg
Vorlage: V/2012/11165

- 7.10. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Erstellung einer Tourismuskonzeption für die Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2012/11099

- 7.11. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Erstellung eines verbindlichen Katalogs sozialer und ökologischer Kriterien bei Auftragsvergaben der Stadt Halle
Vorlage: V/2012/11093

- 7.15. Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Korruptionsprävention
Vorlage: V/2012/10985

- 7.16. Antrag der Stadträtin Sabine Wolff (NEUES FORUM) zur Erstellung einer Fußwegekonzeption
Vorlage: V/2011/10239

- 8.5. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Brandschutzgrundsicherung der geplanten Grundschule Glaucha
Vorlage: V/2012/11148
- 10.1. Schuldenbericht 2011 der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2012/11105
-

Herr Krause, SDP-Fraktion, bat darum, den

TOP 7.6. Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Prüfung von Einkaufsmöglichkeiten in Dörlau
Vorlage: V/2012/10996

von der Tagesordnung abzusetzen, da der Wirtschaftsausschuss, aufgrund der Erklärung der Verwaltung, diesen als erledigt betrachtet.

Die Tagesordnungspunkte wurden aufgrund zweier Dringlichkeitsanträge sowie einer Dringlichkeitsvorlage, wie folgt ergänzt:

Anträge auf überplanmäßige Aufwendungen/ Auszahlungen 2012
Vorlage: V/2012/11229

Herr Bürgermeister Geier begrüßte alle Anwesenden und wies darauf hin, dass die Dringlichkeitsvorlage die Hilfe zur Erziehung und den Bereich der Kindertageseinrichtungen beinhalte. Die Zahlungen sollen durch diese Vorlage abgesichert werden.

Die Beschlussvorlage wird unter TOP 6.31 behandelt.

Abstimmungsergebnis zur Aufnahme auf die TO: mit mehr als 2/3-Mehrheit
mehrheitlich zugestimmt

Weiterhin liege ein Dringlichkeitsantrag der Fraktion DIE LINKE. und der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM vor

Dringlichkeitsantrag der Fraktionen DIE LINKE. und MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Kindertagesstätten-Zuschussfinanzierung
Vorlage: V/2012/11263

Herr Knöchel, Fraktion die Linke, äußerte dazu, dass die Dringlichkeit erst nach Antragsfrist entstanden sei. Er bat zu bedenken, dass die Stadt Halle verpflichtet wäre, nach § 8 SGB den Rechtsanspruch auf einen Kindertagesplatz abzusichern und nach § 11 in der Finanzierungsverantwortung stehe.

Des Weiteren wies er darauf hin, dass durch die von der Verwaltung angestrebten Einführung einer 5%igen Erhöhung, die Zahlungsfähigkeit der betroffenen Träger in Frage

gestellt wäre und damit gleichzeitig die Verpflichtung der Stadt Halle, den Sicherstellungsanspruch von mehr als 5.000 Eltern zu gewährleisten.

Frau Raab, FDP-Fraktion, sprach sich gegen die Dringlichkeitsvorlage aus und wies darauf hin, dass die Gesetzeslage seit Jahren dieselbe sei und alle Träger den gleichen Eigenanteil bis zu 5 % zu tragen hätten.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, bat um Abstimmung der Dringlichkeitsvorlage zur Aufnahme auf die Tagesordnung

Abstimmungsergebnis:

mit mehr als 2/3 Mehrheit

Die Vorlage wird unter TOP 8.8 behandelt

mehrheitlich zugestimmt.

Ein weiterer Dringlichkeitsantrag lag von der CDU-Fraktion über die Ernennung eines sachkundigen Einwohners vor.

*Dringlichkeitsantrag der CDU-Stadtratsfraktion zur Berufung einer sachkundigen Einwohnerin in den Bildungsausschuss
Vorlage: V/2012/11256*

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, bat um Abstimmung der Dringlichkeitsvorlage zur Aufnahme auf die Tagesordnung

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

Die Vorlage wird als TOP 8.9 behandelt.

Weiterhin lagen folgende Änderungen und Ergänzungen vor:

TOP 6.5.1. *Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Vorlage - Neuer Standort für die Plastik "Lesender" von Professor Martin Wetzel (Vorlagen-Nr.: V/2012/11021)
Vorlage: V/2012/11071*

Frau Oberbürgermeisterin Szabados erklärte, dass die Lehrerschaft und die Schüler des Christian-Wolf-Gymnasium die Plastik gerne wieder in der Kastanienallee stehen hätten und gleichzeitig die Patenschaft übernehmen würden.

Aus diesem Grund würde Frau Oberbürgermeisterin Szabados ihre Vorlage dahingehend ändern, dass der Standort der Plastik nicht Halle-Neustadt vor der Bibliothek sei, sondern die Kastanienallee, vor dem Christian-Wolf-Gymnasium

weitere Änderungen und Ergänzungen:

- TOP 6.9.1 *Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zum Beschluss zur 1. Änderung der Satzung über die Erweiterung des förmlich festgelegten Sanierungsgebietes "Historischer Altstadt kern" Halle (Saale) um den Bereich "Solbad Wittekind"*
- TOP 6.18 *Austauschblatt zu
Ausbau und Umgestaltung der Thomasiusstraße - Gestaltungsbeschluss
Vorlage: V/2012/10510*
- TOP 6.28.1. *Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Beschlussvorlage "Feststellung des Jahres- und Konzernabschlusses 2011 der Hallesche Wohnungsgesellschaft mbH" (Vorlagen-Nr.: V/2012/11132)
Vorlage: V/2012/11238*
- TOP 6.29.1 *Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Beschlussvorlage "Jahresabschluss 2011 der GWG Gesellschaft für Wohn- und Gewerbeimmobilien Halle-Neustadt mbH" (Vorlagen-Nr.: V/2012/10929)
Vorlage: V/2012/11236*
- TOP 7.12 *Austauschblatt
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Schaffung von inklusiven Grundschulen
Vorlage: V/2012/10859*
- TOP 8.3.1 *Änderungsantrag der Oberbürgermeisterin zum Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Ausweisung weiterer einfacher Sanierungsgebiete (Vorlagen-Nr.: V/2012/11178)
Vorlage: V/2012/11233*
- TOP 10.2. *Austauschblatt zu
Fortschreibung Personalbericht 2012 der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2012/11008*

Herr Bartl informierte, dass ein Antrag auf Akteneinsicht der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN zum Bedarf kommunaler Infrastrukturen von Kindertagesstätten vorliege.

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, bat darum, den

- TOP 6.6 *Aufstellung eines Kreuzsteines zum Gedenken an den Völkermord an den Armeniern in der osmanischen Türkei
Vorlage: V/2012/11110*

Daraufhin gab **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** den Hinweis, dass der TOP 6.6. nicht abgesetzt werden solle, da dieser nicht abgelehnt, sondern nur vertagt wurde. Sie wies darauf hin, dass sich auch der Stadtrat darüber eine Meinung bilden sollte.

Herr Bönisch, CDU-Fraktion, gab zu bedenken, dass dieser Punkt nicht ausreichend vorberaten und daher abzusetzen sei.

Herr Häder, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, erklärte, dass er sich aus formalen Gründen nicht mit der Verfahrensweise einverstanden erklären könne und ebenfalls für die Absetzung des TOP's 6.6 sei.

Dem widersprach **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** und erinnerte daran, dass dieser Punkt auf der veröffentlichten Tagesordnung stand und man nur streichen könne, wenn derjenige einverstanden ist oder von einem anderen ein entsprechender Antrag gestellt werde.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, stellte den Antrag, dass der TOP 6.6. auf der Tagesordnung verbleibt.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich abgelehnt**

Herr Bartl bat um Abstimmung der so geänderten Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Somit wurde folgende geänderte Tagesordnung festgestellt:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift vom 24.10.2012
4. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse vom 24.10.2012
6. Beschlussvorlagen
- 6.1. Übertragung von Verwendungsnachweisprüfungen auf das Rechnungsprüfungsamt
Vorlage: V/2012/11156
- 6.2. Stellungnahme der Verwaltung zum Bericht über die Prüfung des Ersatzneubaus Kurt-Wabbel-Stadion in der Stadt Halle (Saale) unter Berücksichtigung der Gewährung von Fördermitteln des Landes gemäß § 88 ff. LHO i.V.m. § 126 GO LSA
Vorlage: V/2012/11154
- 6.4. Finanzierung der Stiftung Händel-Haus für die Jahre 2018 - 2022
Vorlage: V/2012/11016
- 6.5. Neuer Standort für die Plastik "Lesender" von Professor Martin Wetzel
Vorlage: V/2012/11021
- 6.5.1. Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Vorlage - Neuer Standort für die Plastik "Lesender" von Professor Martin Wetzel (Vorlagen-Nr.: V/2012/11021)
Vorlage: V/2012/11071
- 6.7. Verteilung der Regionalisierungsmittel des Landes gemäß § 8, § 9 ÖPNV – Gesetz des Landes für die HAVAG für das Jahr 2013 und die Mittel für den Ausgleich verbundbedingter Belastungen
Vorlage: V/2012/11019
- 6.8. Beschluss Kleingartenkonzeption Halle (Saale)
Vorlage: V/2012/10759
- 6.9. Beschluss zur 1. Änderung der Satzung über die Erweiterung des förmlich festgelegten

Sanierungsgebietes "Historischer Altstadt kern" Halle (Saale) um den Bereich "Solbad Wittekind"

Vorlage: V/2012/10952

- 6.9.1. Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zum Beschluss zur 1. Änderung der Satzung über die Erweiterung des förmlich festgelegten Sanierungsgebietes "Historischer Altstadt kern" Halle (Saale) um den Bereich "Solbad Wittekind"
Vorlage: V/2012/11261
- 6.10. 2. Satzung zur Änderung der Satzung über die Entsorgung von Grundstücksentwässerungsanlagen in der Stadt Halle (Saale) - Grundstücksentwässerungssatzung vom 16.12.2009
Vorlage: V/2012/11024
- 6.11. 4. Satzung zur Änderung der "Abfallwirtschaftssatzung der Stadt Halle (Saale) vom 22.11.2006"
Vorlage: V/2012/10949
- 6.12. Abfallgebührensatzung der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2012/10950
- 6.12.1. Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Beschlussvorlage Abfallgebührensatzung der Stadt Halle (Saale) (Vorlage: V/2012/10950)
Vorlage: V/2012/11292
- 6.13. Beschluss zur Fortschreibung des Stadtentwicklungskonzeptes Halle 2025
Vorlage: V/2012/10762
- 6.14. Bebauungsplan Nr. 75.1 "Dessauer Platz, SB-Warenhaus" - Abwägungsbeschluss
Vorlage: V/2012/10927
- 6.15. Bebauungsplan Nr. 75.1 "Dessauer Platz, SB-Warenhaus" - Satzungsbeschluss
Vorlage: V/2012/10928
- 6.16. Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 161, "Wohnquartier Niemeyerstraße" - Aufstellungsbeschluss
Vorlage: V/2012/10926
- 6.18. Ausbau und Umgestaltung der Thomasiusstraße - Gestaltungsbeschluss
Vorlage: V/2012/10510
- 6.18.1. Änderungsantrag der FDP-Stadtratsfraktion zum Ausbau und Umgestaltung der Thomasiusstraße - Gestaltungsbeschluss (V/2012/10510)
Vorlage: V/2012/11265
- 6.19. Ausbau/Umgestaltung Rannischer Platz - Gestaltungsbeschluss
Vorlage: V/2012/10511
- 6.20. Beabsichtigte Einziehung des Parkplatzes Robinienweg
Vorlage: V/2012/11116
- 6.21. Widmung der Straße Kamillenweg
Vorlage: V/2012/11123

- 6.22. Widmung der Straße Huflattichweg
Vorlage: V/2012/11124
- 6.23. Brandschutzbedarfsplan
Vorlage: V/2012/10626
- 6.24. Änderung des Stadtratsbeschlusses vom 31.08.2011 zum Antrag der Fraktion
MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Erstellung eines regionalen
Strategiekonzeptes zur ambulanten Suchthilfe der Stadt Halle - Vorlage: V/2011/09673
Vorlage: V/2012/11109
- 6.25. Vorbereitung des Antragsverfahren für Schulen und Horte im Rahmen des Programms
STARK III - EFRE, Phase 2
Vorlage: V/2012/11129
- 6.26. Jahresabschluss 2011 für den EigenBetrieb Zentrales GebäudeManagement Halle
(Saale)
Vorlage: V/2012/11114
- 6.27. Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2013 des EigenBetriebes Zentrales
GebäudeManagement der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2012/11115
- 6.28. Feststellung des Jahres- und Konzernabschlusses 2011 der Hallesche
Wohnungsgesellschaft mbH
Vorlage: V/2012/11132
- 6.28.1. Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Beschlussvorlage
"Feststellung des Jahres- und Konzernabschlusses 2011 der Hallesche
Wohnungsgesellschaft mbH" (Vorlagen-Nr.: V/2012/11132)
Vorlage: V/2012/11238
- 6.29. Jahresabschluss 2011 der GWG Gesellschaft für Wohn- und Gewerbeimmobilien Halle-
Neustadt mbH
Vorlage: V/2012/10929
- 6.29.1. Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Beschlussvorlage
"Jahresabschluss 2011 der GWG Gesellschaft für Wohn- und Gewerbeimmobilien Halle-
Neustadt mbH" (Vorlagen-Nr.: V/2012/10929)
Vorlage: V/2012/11236
- 6.30. Jahresabschluss 2011 der Stadion Halle Betriebs GmbH
Vorlage: V/2012/11151
- 6.31. Anträge auf überplanmäßige Aufwendungen/ Auszahlungen 2012
Vorlage: V/2012/11229
- 7. Wiedervorlage
- 7.3. Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Festlegung von Kriterien für
die Erhaltung von historisch wertvollen Grabmalen
Vorlage: V/2012/10695
- 7.4. Antrag der Stadtratsfraktionen DIE LINKE., BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und MitBÜRGER
für Halle - NEUES FORUM zu Vergabekriterien für Veranstaltungen auf dem Marktplatz

und Hallmarkt
Vorlage: V/2012/10986

- 7.5. Antrag der SPD-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zum Erhalt des Baumbestandes in der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2012/10844
- 7.12. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Schaffung von inklusiven Grundschulen
Vorlage: V/2012/10859
- 7.13. Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN zur Fortschreibung des Bibliotheksentwicklungsplans der Stadtbibliothek
Vorlage: V/2012/10992
- 7.14. Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Förderung bürgerschaftlichen Einzelengagement
Vorlage: V/2012/10865
- 8. Anträge von Fraktionen und Stadträten
 - 8.1. Antrag der CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Sicherstellung des Betriebs im Stadtbad der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2012/11193
 - 8.2. Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zu einem Tarifmoratorium der Mitteldeutschen Verkehrsverbund GmbH (MDV GmbH)
Vorlage: V/2012/11187
 - 8.2.1. Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zum Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zu einem Tarifmoratorium der Mitteldeutschen Verkehrsverbund GmbH (MDV GmbH) (V/2012/11187)
Vorlage: V/2012/11260
 - 8.3. Antrag der SPD-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Ausweisung weiterer einfacher Sanierungsgebiete
Vorlage: V/2012/11178
 - 8.3.1. Änderungsantrag der Oberbürgermeisterin zum Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Ausweisung weiterer einfacher Sanierungsgebiete (Vorlagen-Nr.: V/2012/11178)
Vorlage: V/2012/11233
 - 8.4. Antrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zu Vorlagen in Session
Vorlage: V/2012/11185
 - 8.6. Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Anbindung des Universitätscampus Abderhaldenstraße
Vorlage: V/2012/11196
 - 8.7. Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Errichtung eines Informationsportals freie Kita-Plätze
Vorlage: V/2012/11197
 - 8.8. Dringlichkeitsantrag der Fraktionen DIE LINKE. und MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Kindertagesstätten-Zuschussfinanzierung

Vorlage: V/2012/11263

- 8.9. Dringlichkeitsantrag der CDU-Stadtratsfraktion zur Berufung einer sachkundigen Einwohnerin in den Bildungsausschuss
Vorlage: V/2012/11256
9. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
- 9.1. Anfrage der CDU-Fraktion zur Beteiligung der Stadt Halle (Saale) an der Repräsentanz Sachsen-Anhalts in Shanghai
Vorlage: V/2012/11189
- 9.2. Anfrage des Stadtrates Roland Hildebrandt (CDU-Fraktion) zum Planungsstand der Justizvollzugsreform in Halle
Vorlage: V/2012/11199
- 9.3. Anfrage des Stadtrates Raik Müller (CDU-Fraktion) zum Auszahlungs- und Bearbeitungsstand des Erstsemesterbonus
Vorlage: V/2012/11195
- 9.4. Anfrage des Stadtrates Andreas Scholtyssek (CDU) zu Aktivitäten der Stadt im Bereich europäische und internationale Beziehungen
Vorlage: V/2012/11181
- 9.5. Anfrage der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zu nicht verbrauchten Mitteln aus dem Bildungs- und Teilhabepaket
Vorlage: V/2012/11188
- 9.6. Anfrage der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zum 80. Jahrestag der Machtübernahme durch Hitler am 30. Januar 1933
Vorlage: V/2012/11190
- 9.7. Anfrage der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zu Ergebnissen der Probefahraktion der HAVAG zur europäischen Woche der Mobilität
Vorlage: V/2012/11191
- 9.8. Anfrage der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Betreuung in halleschen Kindertagesstätten
Vorlage: V/2012/11184
- 9.9. Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Handel mit und Herausgabe von Einwohnermeldedaten
Vorlage: V/2012/11097
- 9.10. Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Tagesmüttern und -vätern in Halle (Saale)
Vorlage: V/2012/11198
- 9.11. Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Förderprogramm "Sachsen-Anhalt KLIMA"
Vorlage: V/2012/11203
- 9.12. Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Zuweisungen des Landes für Aufgaben der Schülerbeförderung
Vorlage: V/2012/11206

- 9.13. Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Konzeptionierung von Anpassungsstrategien an den demografischen Wandel (Demografiekonzept)
Vorlage: V/2012/11210
- 9.14. Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Lärmschutz während der Bauzeit von Zugbildungsanlage und Bahnknotenausbau in Halle
Vorlage: V/2012/11212
- 9.15. Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Verkehrswirkungen der Regierungspräsidiums-Sanierung im Paulusviertel
Vorlage: V/2012/11213
- 9.16. Anfrage der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zum Fachkräftemangel in Kindertagesstätten
Vorlage: V/2012/11200
- 9.17. Anfrage des Stadtrates Denis Häder (MitBÜRGER für Halle) zur Sondernutzungsgebührenordnung
Vorlage: V/2012/11086
- 9.18. Anfrage des Stadtrates Denis Häder (MitBÜRGER für Halle) zu sog. mobilen Eis-Verkaufsständen (Eis-Auto)
Vorlage: V/2012/11201
- 9.19. Anfrage der Stadträtin Sabine Wolff (NEUES FORUM) zu Projekten des Eigenbetriebes für Arbeitsförderung
Vorlage: V/2012/11204
- 9.20. Anfrage der Stadträtin Sabine Wolff (NEUES FORUM) zum Programm „Familien stärken“ - Familienintegrationscoach
Vorlage: V/2012/11214
10. Mitteilungen
- 10.2. Fortschreibung Personalbericht 2012 der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2012/11008
- 10.3. Gesundheitsbericht 2010-2011 der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2012/11009
- 10.4. Salinetechnikum
Vorlage: V/2012/11043
11. mündliche Anfragen von Stadträten
12. Anregungen
- 12.1. Anregung des Stadtrates Andreas Scholtyssek (CDU) zum Verzicht auf die Beschaffung von Verpackungen aus Biokunststoffen
Vorlage: V/2012/11180
- 12.2. Anregung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Umsetzung von Fahrradbügeln
Vorlage: V/2012/11209

12.3. Anregung der Stadträtin Sabine Wolff (NEUES FORUM) zur Veröffentlichung zu Betreuungsmöglichkeiten durch Tagespflegepersonen auf der Homepage
Vorlage: V/2012/11205

13. Anträge auf Akteneinsicht

zu 3 Genehmigung der Niederschrift vom 24.10.2012

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, informierte, dass die Genehmigung der Niederschrift vom 24.10.2012 allen Anwesenden per Email zugesandt wurde.

Die Niederschrift wurde formlos durch die Anwesenden genehmigt.

zu 4 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse vom 24.10.2012

TOP 3.1 mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt, der AGENTUR KAPPA GmbH, Halle, bis zu einer maximalen Bruttosumme von 600.000,00 Euro (*jeweils bis 150.000,00 €/Jahr*) für den Leistungszeitraum vom 01.01.2013 bis 31.12.2013 mit Option auf Verlängerung um jeweils 1 Jahr bis maximal 31.12.2016 den Zuschlag zu erteilen.

Die Ausübung des Optionsrechtes auf Vertragsverlängerung für die Jahre 2014, 2015 und 2016 ist an eine entsprechende Empfehlung des Ausschuss für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung gebunden. Der Ausschuss berät auf der Grundlage eines Berichtes über die im laufenden Jahr erbrachten Leistungen.

zu 5 Bericht der Oberbürgermeisterin

Es gab keinen Bericht der Oberbürgermeisterin.

zu 6 Beschlussvorlagen

**zu 6.1 Übertragung von Verwendungsnachweisprüfungen auf das Rechnungsprüfungsamt
Vorlage: V/2012/11156**

Es gab keine Wortmeldung

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Die Entwürfe der Satzung und der Beitragsordnung des Vereins „Metropolregion Mitteldeutschland e.V.“ werden zur Kenntnis genommen.

Der Gründung des Vereins „Metropolregion Mitteldeutschland e.V.“ mit Sitz in Leipzig wird zugestimmt und der Oberbürgermeister/die Oberbürgermeisterin ermächtigt, die Gründung mit den anderen Mitgliedsstädten der Metropolregion vorzunehmen.

Der ordentlichen Mitgliedschaft der Stadt Halle (Saale) im Verein „Metropolregion Mitteldeutschland e.V.“ wird zugestimmt.

**zu 6.3.1 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Beschlussvorlage "Vereinsgründung der Metropolregion Mitteldeutschland" (Vorlagen-Nr.: V/2012/11010)
Vorlage: V/2012/11235**

Abstimmungsergebnis:

abgesetzt

im Finanzausschuss zurückgestellt

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, mit den anderen Mitgliedsstädten der Metropolregion abzustimmen, in der Satzung des Vereins Metropolregion Mitteldeutschland e.V. unter dem § 2 „Aufgaben und Zweck“ einen Punkt (3) mit folgendem Inhalt aufzunehmen:

(3) Der Verein will insbesondere die Herausbildung eines länderübergreifenden Gemeinschaftssinnes in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens fördern. So soll insbesondere entlang der gemeinsamen Landesgrenzen darauf hingewirkt werden, dass

- Konflikte zwischen Oberzentren und ihrem jeweiligen Umland vermieden und gemeinsam nach kooperativen Lösungsansätzen gesucht werden,
- die gesetzlichen Rahmen- und Förderbedingungen, insbesondere für eine grenzübergreifende Regionalplanung und Landesentwicklung harmonisiert werden,
- nach innen durch eine breite Öffentlichkeitsarbeit, die in der Metropolregion lebenden Menschen, über die Metropolregion Mitteldeutschland und deren vielfältigen Angebote sowie das Wirken des Vereins informiert werden.

zu 6.4 Finanzierung der Stiftung Händel-Haus für die Jahre 2018 - 2022
Vorlage: V/2012/11016

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschluss:

1. Die Finanzierung der Stiftung Händel-Haus für die Jahre 2018 bis 2022 in die Finanzplanung der Stadt Halle (Saale) aufzunehmen.
2. Zur Deckung des laufenden Betriebes stellt die Stadt Halle (Saale) der Stiftung Händel-Haus im Zeitraum 2018 bis 2022 folgende Mittel zur Verfügung.

Gesamt : € 9.640.000

Aufgeteilt in folgende Jahresraten:

2018	€ 1.928.000
2019	€ 1.928.000
2020	€ 1.928.000
2021	€ 1.928.000
2022	€ 1.928.000

zu 6.5 Neuer Standort für die Plastik "Lesender" von Professor Martin Wetzel
Vorlage: V/2012/11021

Frau Oberbürgermeisterin Szabados erklärte, dass die Beschlussvorlage wie folgt geändert werden soll.

Die Plastik „Lesender“ von Professor Martin Wetzel wird in der Kastanienallee mit der Patenschaft durch das Christian-Wolf-Gymnasium wieder aufgestellt.
Die Patenschaft wird mit in den Beschluss aufgenommen.

Herr Bönisch, CDU-Fraktion, gab zu bedenken, falls die Patenschaft ende oder erst gar nicht zustande käme, dass der Beschluss dann hinfällig sei und merkte an, den Passus der Patenschaft im Beschluss nicht zu erwähnen.
Dem stimmte **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** zu.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschluss (in geänderter Form):

Der Stadtrat beschließt, dass die Plastik „~~Der Lesende~~“ „Lesender“ von Prof. Martin Wetzel im Eingangsbereich der Stadtebibliothek West, Zur Saaleaue 25 a, aufgestellt wird.

zu 6.5.1 **Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Vorlage - Neuer Standort für die Plastik "Lesender" von Professor Martin Wetzel (Vorlagen-Nr.: V/2012/11021)
Vorlage: V/2012/11071**

Abstimmungsergebnis: zurückgezogen
durch Antragsteller

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt, dass die Plastik „Lesender“ von Prof. Martin Wetzel sichtbar in der Nähe des bisherigen Standortes (auf der kleinen Wiesen schräg gegenüber) aufgestellt wird.

zu 6.6 **Aufstellung eines Kreuzsteines zum Gedenken an den Völkermord an den Armeniern in der osmanischen Türkei
Vorlage: V/2012/11110**

Abstimmungsergebnis: abgesetzt

Beschluss:

1. Der Stadtrat stimmt zu, dass 2015 durch die Armenische Gemeinde Sachsen-Anhalt e.V. ein traditioneller Kreuzstein im Gedenken an den Völkermord an den Armeniern in der osmanischen Türkei 1915 aufgestellt wird.
2. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, gemeinsam mit der Armenischen Gemeinde Sachsen-Anhalt e. V. die entsprechenden Vorbereitungen zu treffen und dem Stadtrat den konkreten Vorschlag zur Aufstellung im Jahr 2014 vorzulegen. Der Kulturausschuss soll über die Arbeitsfortschritte informiert werden.

zu 6.7 **Verteilung der Regionalisierungsmittel des Landes gemäß § 8, § 9 ÖPNV – Gesetz des Landes für die HAVAG für das Jahr 2013 und die Mittel für den Ausgleich verbundbedingter Belastungen
Vorlage: V/2012/11019**

Es gab keine Wortmeldung.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

Der Stadtrat bestätigt die Verwendung der Mittel des Landes Sachsen-Anhalt gemäß §8 und § 9 des ÖPNV-Gesetzes des Landes und die Höhe des Ausgleiches verbundbedingter Belastungen an den Mitteldeutschen Verkehrsverbund.

Finanzielle Auswirkungen:

Einnahmen:	PSP 1.54702	9.032.700,00 €
	Kostenart 41410102	3.515.400,00 €
	41419000	3.500.000,00 €
	41410104	1.727.700,00 €
	Projekt 7.610072	289.600,00 €
	Eigenmittelanteil	958.000,00 €
Ausgaben:	PSP 1.54702	9.961.400,00 €
	Projekte 7.660067	200.000,00 €
	7.660083	39.000,00 €
	7.660102	50.000,00 €

zu 6.8 Beschluss Kleingartenkonzeption Halle (Saale) Vorlage: V/2012/10759

Herr Stäglin, Beigeordneter für Planen und Bauen, erinnerte daran, dass alle Berichte und Darstellungen bereits in den Ausschuss eingereicht wurden. Er bat im Namen des Stadtverbandes darum, die Vorlage um einen Monat zu vertagen, da dieser dazu noch eine Veranstaltung hätte.

Daraufhin stellte **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** den Antrag, die Vorlage auf die Dezembersitzung zu vertagen.

Abstimmungsergebnis:

vertagt
durch Geschäftsordnungsantrag der
Oberbürgermeisterin

Beschluss:

1. Der Stadtrat beschließt die Kleingartenkonzeption als Handlungsgrundlage zur Weiterentwicklung des Kleingartenwesens im Stadtgebiet.
2. Die Kleingartenkonzeption soll nach 5 Jahren fortgeschrieben werden.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, beginnend ab dem Haushaltsjahr 2014, eine Haushaltsstelle für Ausgaben zur Verbesserung des Kleingartenwesens in Umsetzung der Kleingartenkonzeption einzurichten.
4. Die Verwaltung wird beauftragt, dem Stadtrat eine Förderrichtlinie zur „Stabilisierung und Förderung des Kleingartenwesens“ in der Stadt Halle (Saale) zum Beschluss vorzulegen.

zu 6.9 Beschluss zur 1. Änderung der Satzung über die Erweiterung des förmlich festgelegten Sanierungsgebietes "Historischer Altstadt kern" Halle (Saale) um den Bereich "Solbad Wittekind"
Vorlage: V/2012/10952

Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, informierte, dass der Änderungsantrag am Montag in der Ausschusssitzung konkretisiert wurde. Er wies darauf hin, dass die Stellungnahme des Planungsausschusses, vom 21.11.2012 beigelegt sei und dort bereits im Mai der Antrag zur Veräußerung gestellt worden war. Damals wurde keine Mehrheit mit dem Änderungsantrag gefunden.

Herr Wolter erklärte, dass sich durch die Änderung der Satzung über die Erweiterung des förmlich angelegten Sanierungsgebietes nun die Grundlage ändere. Es würden dem Investor Förderungsmöglichkeiten geboten, wo die öffentliche Hand die Sorge und Achtung haben müsste, darüber, dass die öffentlichen Belange bewahrt bleiben. Hierbei handle es sich um den Baumbestand und die geschützte Parkanlage

Herr Stäglin, Beigeordneter für Planen und Bauen, gab zu bedenken, dass sowohl die Verwaltung als auch der Ausschuss bereits Stellung bezogen haben.

Im Ausschuss wurde daraufhin gewiesen, dass es ein Grundstückskaufvertrag gäbe und auch die Zusage, dass für gewisse Ereignisse eine Öffnung des Solbades möglich sei. Eine dauerhafte Öffnung würde dem Konzept, welches beim Kauf dahinter stand, entgegen sprechen und auch vom Investor nicht mitgetragen. Daher sollten die Ziele in der Satzung neu formuliert werden.

Herrn Krause, SPD-Fraktion, sprach sich auch aus folgenden Gründen gegen den Änderungsantrag aus.

Vom Investor sei bekannt, dass er bei dem Thema der Denkmalpflege professionell vorgehe. Man könne einem privaten Erwerber nicht vorschreiben, was er auf seinem Privatgrundstück zu tun oder zu lassen habe. Somit könne man ihm auch nicht eine ständige öffentliche Nutzung vorschreiben.

Der Baumbestand sei rein rechtlich durch die Baumschutzsatzung geschützt.

Herr Häder, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, wandte sich an den Beigeordneten Herrn Stäglin und gab zu bedenken, dass es bei dem Thema Baumbestand eine Abweichung zwischen der in der Baumschutzsatzung aufgeführten sowie in der Anlage gäbe. Einige Bäume seien dort nicht aufgeführt.

Weiterhin erinnerte er daran, dass es sich hier um einen zivilrechtlichen Kaufvertrag handle. Hier könnte man keine bestimmten Auflagen vorgeben. Er stellte die Frage in den Raum, wenn der Investor öffentliche Gelder erhalte, könnte man Bedingungen stellen ohne den zivilen Kaufvertrag anzutasten. Es sei auch im Kaufvertrag nicht die Höhe der möglichen Förderung erwähnt wurden.

Herr Kley, FDP-Fraktion, äußerte sich dazu, dass seitens des Investors die Bereitschaft vorhanden sei, mit allen Interessenten zu diskutieren und sein Konzept vorzustellen.

Es sei keine andere Nutzung des Geländes angedacht, da niemand anderes das Gelände auf sich nehmen wollte und keine Risikobereitschaft vorhanden war. Er stellte infrage, dass die Öffentlichkeit das Betretungsrecht hätte.

Weiterhin sprach **Herr Kley** an, dass ein Denkmal dem Verfall preisgegeben werden sollte,

weil die Ansprüche und Forderungen gestiegen seien. Die Geduld des Investors werde damit auf eine Probe gestellt.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados wies darauf hin, dass das Solbad Wittekind eine unendliche Geschichte habe und diese nicht gerade positiv sei. Jetzt, wo ein Signal da sei, sollte man einen guten Kompromiss erreichen. Weiterhin bat sie, mit dem Investor eine Angleichung herbeizuführen.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados appellierte an die Vernunft aller, damit es mit dem Solbad Wittekind weiter gehe.

Herr Stäglin, Beigeordneter Dezernat Planen und Bauen, meldete sich erneut zu Wort zu den Äußerungen von Herrn Häder. Er zitierte aus der Vorlage, aus Seite 2. Das Konzept müsse wirtschaftlich tragbar bzw. umsetzbar, ohne Verwendung von Fördermitteln, sein.

Das Ziel war, die Sanierungsziele anzupassen und keine Entlassung aus dem Sanierungsgebiet vorzunehmen.

Herr Häder, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, entgegnete, dass es inkonsequent sei, nun keine Förderung anzustreben. Dann bräuchte man auch die Sanierungsziele nicht ändern, sondern die Erweiterung hätte man rausnehmen können. Hier wurde sich einfach ein Hintertürchen offen gehalten.

Herr Dr. Köck, Fraktion DIE LINKE, äußerte sich dazu, dass ein Gartendenkmal erhalten werden und für die Öffentlichkeit zugänglich sein müsse. Man sollte mit dem Investor verhandeln, in wie weit dies möglich sei.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschluss:

1. Den in der Anlage 3 zu diesem Beschluss enthaltenen Entscheidungsvorschlägen der Verwaltung über die Behandlung der eingegangenen Stellungnahmen 1. Änderung der Satzung über die Erweiterung des förmlich festgelegten Sanierungsgebietes „Historischer Altstadt kern“ Halle (Saale) um den Bereich „Solbad Wittekind“ wird zugestimmt.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, in diesem Sinne der Öffentlichkeit, den Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange, die in ihren Stellungnahmen abwägungsrelevante Anregungen vorgebracht haben, zu antworten und die Entscheidung unter Angabe der Gründe mitzuteilen.
3. Der Stadtrat beschließt die 1. Änderung der Satzung über die Erweiterung des förmlich festgelegten Sanierungsgebietes „Historischer Altstadt kern“ Halle (Saale) um den Bereich „Solbad Wittekind“ gemäß Anlage 1 zu dieser Vorlage.
4. Der Stadtrat beschließt den Rahmenplan gemäß Anlage 2 dieser Vorlage als städtebauliche Zielstellung für die weitere Entwicklung des Bereichs, um wirtschaftlich tragfähige Nutzungen wie z.B. Wohnen zu ermöglichen.

zu 6.9.1 **Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zum Beschluss zur 1. Änderung der Satzung über die Erweiterung des förmlich festgelegten Sanierungsgebietes "Historischer Altstadtkern" Halle (Saale) um den Bereich "Solbad Wittekind"**
Vorlage: V/2012/11261

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich abgelehnt

15 Ja Stimmen

25 Nein Stimmen

6 Enthaltungen

Beschluss:

Beschlusspunkt 1 wird wie folgt ergänzt:

1. Den in der Anlage 3 zu diesem Beschluss enthaltenen Entscheidungsvorschlägen der Verwaltung über die Behandlung der eingegangenen Stellungnahmen 1. Änderung der Satzung über die Erweiterung des förmlich festgelegten Sanierungsgebietes „Historischer Altstadtkern“ Halle (Saale) um den Bereich „Solbad Wittekind“ wird **unter der Maßgabe der Berücksichtigung der Maßgabe des 15. Einwandes zugestimmt. Dem Einwand Nr. 15 ist nachzugehen.**

zu 6.10 **2. Satzung zur Änderung der Satzung über die Entsorgung von Grundstücksentwässerungsanlagen in der Stadt Halle (Saale) - Grundstücksentwässerungssatzung vom 16.12.2009**
Vorlage: V/2012/11024

Es gab keine Wortmeldung

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

Beschlussvorschlag:

Der 2. Satzung zur Änderung der Satzung über die Entsorgung von Grundstücksentwässerungsanlagen in der Stadt Halle (Saale) – Grundstücksentwässerungssatzung vom 16.12.2009 wird zugestimmt.

Herr Stäglin, Beigeordneter für Planen und Bauen, appelliert an alle Anwesenden den Beschlussvorschlag, durch den zweijährigen Kalkulationszeitraum, so zu lassen. Man könnte dann auch die ergangenen Urteile berücksichtigen.

Es erfolgte keine weitere Wortmeldung

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschluss:

Der Abfallgebührensatzung der Stadt Halle (Saale) wird zugestimmt.

Anmerkung von Frau Oberbürgermeisterin Szabados.

Sprach die zweijährige Kalkulation an. Eine Änderung der Abfallgebührensatzung kann frühesten 2014 in Betracht gezogen werden

**zu 6.12.1 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Beschlussvorlage Abfallgebührensatzung der Stadt Halle (Saale) (Vorlage: V/2012/10950)
Vorlage: V/2012/11292**

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich abgelehnt**

Beschlussvorschlag:

Die Abfallgebührensatzung ist unter Berücksichtigung von Gerichtsentscheidungen bis zum 31.12.2013 zu überarbeiten.

**zu 6.13 Beschluss zur Fortschreibung des Stadtentwicklungskonzeptes Halle 2025
Vorlage: V/2012/10762**

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS90/ DIE GRÜNEN, bedankte sich bei der Verwaltung für die konstruktive Reaktion auf den Änderungsantrag.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

geänderter Beschluss:

1. Der Stadtrat beschließt **nimmt** das Integrierte Strategiepapier, bestehend aus dem Strategiepapier „Vernetzte Vielfalt – Wissenschaft als kreativer Motor der Stadtentwicklung“ und dem „Räumlichen Leitbild Halle 2025 *plus*“, **als Diskussionsgrundlage zur Kenntnis**.
2. Der Stadtrat beschließt, das Integrierte Stadtentwicklungskonzept aus dem Jahr 2007 als Integriertes Stadtentwicklungskonzept Halle 2025 ~~auf Grundlage von Strategiepapier und Räumlichem Leitbild~~ fortzuschreiben.
- ~~3. Die bisherige „Lenkungsgruppe Strategiedialog“ begleitet als „Lenkungsgruppe Stadtentwicklungskonzept“ die Fortschreibung.~~
3. **Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die Fortschreibung des Integrierten Stadtentwicklungskonzepts, insbesondere die Bestandsanalyse, auf der Grundlage wissenschaftlicher Indikatoren durchzuführen und Ziele und Maßnahmen für die Stadtentwicklung festzulegen.**
4. **Von Beginn an ist die Öffentlichkeit in die Erarbeitung des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes Halle 2025 einzubeziehen und regelmäßig über den Fortgang der Arbeiten zu informieren. In die Beteiligung sind insbesondere folgende Akteure von Anfang an gleichermaßen einzubeziehen:**
 - **der Stadtrat als Vertreter der Politik,**
 - **Vertreter der einzelnen Stadtteile (Bürgerinnen und Bürger, Bürgerschaftliche Vereine und Initiativen der Stadt Halle),**
 - **Vertreter der öffentlichen Verwaltung,**
 - **externe Experten, z. B. für Stadtplanung,**
 - **Vertreter der Wirtschaft,**
 - **Vertreter der Wissenschaft,**
 - **Vertreter von Kunst und Kultur,**
 - **Umweltverbände.**

**zu 6.14 Bebauungsplan Nr. 75.1 "Dessauer Platz, SB-Warenhaus" -
Abwägungsbeschluss
Vorlage: V/2012/10927**

Herr Menn, Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN teilte mit, dass das Warenhaus am Dessauer Platz kategorisch abgelehnt werde, da die Gefahr bestünde die Kaufkraft aus der Altstadt abzuziehen.

Herr Kley, FDP Fraktion, ergänze den Einwand, dass auch die wirtschaftliche Lage der Kleinstbetriebe gefährdet sei. Die Ängste der Anwohner seien, dass der Kleine Bäcker oder Fleischer an der Ecke verschwinde.

Dr. Köck, Fraktion DIE LINKE, gab zu bedenken, dass es auch eine Verantwortung gegenüber dem Investor gäbe und den Bescheid positiv abzustimmen sei.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

zu 6.17 Nahverkehrsplan der Stadt Halle (Saale) ab 2012
Vorlage: V/2012/10569

Abstimmungsergebnis:

abgesetzt
im Finanzausschuss zurückgestellt

Beschlussvorschlag:

1. Dem Nahverkehrsplan der Stadt Halle (Saale) ab 2012 wird zugestimmt.
2. Der Stadtrat hat jedes Jahr über die Verwendung der finanziellen Mittel aus § 8 ÖPNVG LSA im Folgejahr zu entscheiden.

**zu 6.17.1 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur
Beschlussvorlage Nahverkehrsplan der Stadt Halle (Saale) ab 2012**
(Vorlagen-Nr.: V/2012/10569)
Vorlage: V/2012/11141

Abstimmungsergebnis:

abgesetzt
im Finanzausschuss zurückgestellt

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) beschließt:

Die Festlegung F 5.3.9 wird im zweiten Anstrich ersetzt durch:

„dass der Besetzungsgrad in der Spitzenstunde max. 65 % (Richtwert) bzw. max. 70 % (Grenzwert) sowie in der Normalverkehrszeit max. 50 % (Richtwert) bzw. max. 55 % (Grenzwert) nicht übersteigt“

**zu 6.17.2 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur
Beschlussvorlage „Nahverkehrsplan der Stadt Halle (Saale) ab 2012“ -
Vorlagen-Nummer: V/2012/10569**
Vorlage: V/2012/11108

Abstimmungsergebnis:

abgesetzt
im Finanzausschuss zurückgestellt

Beschlussvorschlag:

Der Entwurf ‚Nahverkehrsplan der Stadt Halle (Saale) ab 2012‘ wird in folgenden Festlegungen geändert:

1. Zielsetzung der Verkürzung der Taktzeiten

(Seite 43)

F 5.3.1 Die Straßenbahnlinien haben mit folgenden Grundtakt zu fahren (Tab. 5.2):
[...]

Für Nächte vor arbeitsfreien Tagen gilt die gleiche Vorgabe wie an Samstagen.

Eine nutzer- und nutzerinnenfreundliche Verkürzung der Taktzeiten, insbesondere in der Tagesverkehrszeit, wird angestrebt.

2. Verbesserung Tarif- und Linieninformationen (Seiten 52 und 53)

F 5.7.2 In allen Fahrzeugen sowie an allen Haltestellen im Stadtgebiet sind grundlegende Informationen zum MDV-Tarif (Tarifsortiment, Zonenzuordnung, Preise usw.), mindestens zu Fahrkarten für den Sofortgebrauch, sowie Hinweise zum Fahrscheinerwerb **deutlich sichtbar und verständlich aufbereitet** auszuhängen. Wenn Platzgründe es erfordern, können in den Bussen und an gering frequentierten Haltestellen die Informationen auf die Tarife des Stadtverkehrs Halle beschränkt sein. [...]

und

F 5.8.2 Die im Stadtgebiet Linienleistungen erbringenden Verkehrsunternehmen haben jeweils rechtzeitig die relevanten Informationen aus ihrem Geschäftsbereich für die Zusammenstellung des Fahrplanhefts an den MDV zu übermitteln. Das Fahrplanheft soll weiterhin auch Informationen zu Bike+Ride- und Park+Ride-Stellplätzen und zu den Angeboten des SPNV sowie künftig auch zum Car Sharing und zu den auf Halle bezogenen Regionalbuslinien umfassen.

Die Verständlichkeit und Übersichtlichkeit der Fahrplan- und Liniennetzinformation sind kontinuierlich zu verbessern. Es ist **dazu insbesondere zu prüfen**, wie die bei der Straßenbahn durch Linienüberlagerungen entstehenden Verbindungsalternativen auf Teilstrecken in den Fahrplantabellen besser sichtbar gemacht werden können. [...]

3. Verbesserung Fahrkartenkauf

(Seiten 52 und 53)

F 5.7.3 Für den Einzugsbereich der Stadtverkehrslinien ist **anzustreben umzusetzen**, dass Fahrgäste den ÖPNV unabhängig von ihrer Zugangsstelle durch Erwerb einer Einzelfahrkarte zum Stadttarif mit Bargeld, ~~und~~ EC- oder Kreditkarte ~~an der Haltestelle,~~ **immer im Fahrzeug und entweder an der Haltestelle** oder an einer Vertriebsstelle in Sichtweite mit werktäglich mindestens sieben Stunden Öffnungszeit unkompliziert nutzen können. ~~Sobald dies gewährleistet ist, soll der Verkauf durch den Fahrer eingestellt werden, bei dem bis dahin ein Zuschlag erhoben werden kann.~~

und

F 5.7.4 Der Erwerb des MDV-Fahrscheinsortiments soll an möglichst vielen Stellen des Netzes unkompliziert möglich sein. Das bestehende Netz der Fahrscheinautomaten und Verkaufsgenturen ist durch die Verkehrsunternehmen weiterzuführen ~~und bei Bedarf,~~ auszubauen **und deutlich besser erkennbar zu bewerben.** Der Vertrieb von Fahrkarten über elektronische Medien soll weiter ausgebaut und beworben werden.

4. Mobilitätsstationen

(Seite 47)

F 5.4.7 Die bestehenden Bike+Ride-Anlagen (s. Tab. 3.8) sollen weiterbetrieben werden. Insbesondere an Zugangsstellen, wo wesentliche durch den ÖPNV schlecht erschlossene Quell- und Zielpotenziale im Umkreis von 1 bis 5 km liegen, wo vorhandene Abstellanlagen überlastet sind (z. B. am Hauptbahnhof) oder viele Fahrräder ungeordnet abgestellt werden, sind neue bzw. zusätzliche Abstellmöglichkeiten, **idealerweise in Form umfassender Mobilitätsstationen**, zu schaffen. Auch neue Straßenbahndestellen sind mit Bike+Ride-Anlagen auszustatten. [...]

**zu 6.17.3 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur
Beschlussvorlage Nahverkehrsplan der Stadt Halle (Saale) ab 2012
(Vorlagen-Nr.: V/2012/10569)
Vorlage: V/2012/11136**

Abstimmungsergebnis:

abgesetzt
im Finanzausschuss zurückgestellt

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) beschließt:

Unter 1. Grundlagen 1.1 Rechtsrahmen Absatz 2 wird ein letzter Satz angefügt.

„Unabhängig davon, ist die VO (EG) 1370/2007 als primär geltendes europäisches Recht bei der Organisation und Gestaltung des ÖPNV in der Stadt Halle (Saale) anzuwenden.“

**zu 6.17.4 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur
Beschlussvorlage Nahverkehrsplan der Stadt Halle (Saale) ab 2012
(Vorlagen-Nr.: V/2012/10569)
Vorlage: V/2012/11137**

Abstimmungsergebnis:

abgesetzt
im Finanzausschuss zurückgestellt

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) beschließt:

Unter 6. „Organisation des ÖSPV“ wird eine Festlegung F 6.6 eingefügt:

F 6.6 Bei einem Wechsel des Anbieters von Linienverkehrsleistungen ist das neu eintretende Verkehrsunternehmen zu verpflichten, die für die zu erbringende Verkehrsleistung erforderlichen Mitarbeiter des bisherigen Verkehrsunternehmens zu den im jeweils geltenden Tarifvertrag TVN-LSA vereinbarten Bedingungen zu übernehmen.

**zu 6.17.5 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur
Beschlussvorlage Nahverkehrsplan der Stadt Halle (Saale) ab 2012
(Vorlagen-Nr.: V/2012/10569)
Vorlage: V/2012/11139**

Abstimmungsergebnis:

abgesetzt
im Finanzausschuss zurückgestellt

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) beschließt:

Im Punkt 1.2 „Funktionen des Nahverkehrsplans“ werden unter 2. im 1. Satz die Worte
„...die Ausschreibung...“ durch „... mögliche Ausschreibungen...“ und i. w. „... nach dem
PBefG...“ durch „... auf der Grundlage der VO EU 1370/2007 ...“ ersetzt.

**zu 6.17.6 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur
Beschlussvorlage Nahverkehrsplan der Stadt Halle (Saale) ab 2012
(Vorlagen-Nr.: V/2012/10569)
Vorlage: V/2012/11140**

Abstimmungsergebnis:

abgesetzt
im Finanzausschuss zurückgestellt

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) beschließt:

Im Punkt 1.3 „Inhalte und Aufstellung des Nahverkehrsplanes“ werden im Absatz 2
nach „...die Bevölkerungsentwicklung...“ „... als auch soziale Auswirkungen ...“
eingefügt.

**zu 6.17.7 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur
Beschlussvorlage Nahverkehrsplan der Stadt Halle (Saale) ab 2012
(Vorlagen-Nr.: V/2012/10569)
Vorlage: V/2012/11142**

Abstimmungsergebnis:

abgesetzt
im Finanzausschuss zurückgestellt

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) beschließt:

Im Abschnitt 4.3.2 „Aktivierung von Potenzialen“ wird an den 1. Absatz angefügt

„Zu den Maßnahmen zur Aktivierung von Potentialen für die Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel gehört insbesondere ebenso der Abbau von Behinderungen im öffentlichen Verkehr (u. a. Optimierung von Baumaßnahmen im öffentlichen Verkehrsraum, konsequente Investition in separate Fahrspuren für öffentliche Verkehrsmittel, die Begrenzung der jährlichen Preisveränderung auf das Niveau der Inflationsrate).“

**zu 6.17.8 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Beschlussvorlage Nahverkehrsplan der Stadt Halle (Saale) ab 2012 (Vorlagen-Nr.: V/2012/10569)
Vorlage: V/2012/11143**

Abstimmungsergebnis:

abgesetzt
im Finanzausschuss zurückgestellt

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) beschließt:

F 5.3.8 streichen ...“nicht mehr als 1 min vor“

**zu 6.17.9 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Beschlussvorlage Nahverkehrsplan der Stadt Halle (Saale) ab 2012 (Vorlagen-Nr.: V/2012/10569)
Vorlage: V/2012/11144**

Abstimmungsergebnis:

abgesetzt
im Finanzausschuss zurückgestellt

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) beschließt:

F 5.5.3 Abbildung 19 In die Beschleunigungsstufe ALPHA sind die Linienabschnitte Riebeckplatz – Damaschkestraße, Reileck – Trotha, und Halle-Neustadt - Rennbahnkreuz aufzunehmen.

**zu 6.17.10 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Beschlussvorlage Nahverkehrsplan der Stadt Halle (Saale) ab 2012 (Vorlagen-Nr.: V/2012/10569)
Vorlage: V/2012/11145**

Abstimmungsergebnis:

abgesetzt

im Finanzausschuss zurückgestellt

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) beschließt:

- F 6.4 ersetzen „4. ... ein jeweils gültiger Tariflohn des Verkehrsgewerbes ...“
 durch „... ist eine Vergütung entsprechend dem jeweils geltenden Tarifvertrag
 Nahverkehr Land Sachsen-Anhalt (TV- N LSA) ...“

zu **Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur**
6.17.11 **Beschlussvorlage Nahverkehrsplan der Stadt Halle (Saale) ab 2012**
 (Vorlagen-Nr.: V/2012/10569)
 Vorlage: V/2012/11146

Abstimmungsergebnis:

abgesetzt
im Finanzausschuss zurückgestellt

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) beschließt:

- F 7.2.3 ergänzen: „ ... Realisierung eines 0/30-Taktknotens ...“

zu **Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur**
6.17.12 **Beschlussvorlage Nahverkehrsplan der Stadt Halle (Saale) ab 2012**
 (Vorlagen-Nr.: V/2012/10569)
 Vorlage: V/2012/11147

Abstimmungsergebnis:

abgesetzt
im Finanzausschuss zurückgestellt

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) beschließt:

- F 7.3.1 vollständig streichen

zu **Änderungsantrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zum**
6.17.13 **Nahverkehrsplan der Stadt Halle (Saale) ab 2012 (V/2012/10569)**
Vorlage: V/2012/11186

Abstimmungsergebnis:

abgesetzt
im Finanzausschuss zurückgestellt

Beschlussvorschlag:

3. ~~Dem~~ **Der Nahverkehrsplan der Stadt Halle (Saale) ab 2012 wird zugestimmt mit folgenden Änderungen überarbeitet:**
 - a. **Ein gleichberechtigtes Nebeneinander der Verkehrsarten wird durch die Stadt Halle (Saale) sichergestellt.**
 - b. **Die langfristige demografische Entwicklung der Stadt wird im Nahverkehrsplan berücksichtigt.**
 - c. **Der Nahverkehrsplan orientiert sich an den finanziellen Gegebenheiten der Stadt Halle (Saale).**
4. **Der Stadtrat hat jedes Jahr über die Verwendung der finanziellen Mittel aus § 8 ÖPNVG LSA im Folgejahr zu entscheiden.**

zu **Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Vorlage**
6.17.14 **"Nahverkehrsplan der Stadt Halle (Saale) ab 2012 (Vorlage V/2012/10569)**
Vorlage: V/2012/11237

Abstimmungsergebnis:

abgesetzt
im Finanzausschuss zurückgestellt

Beschlussvorschlag:

In Punkt F 6.1 wird ans Ende des Punktes eingefügt:

„Die Stadt hat die Möglichkeit, eine Vergabe nach Artikel 5 Absatz 2 der EU VO 1370/2009 (Direktvergabe) in jedem Fall in Betracht zu ziehen.“

zu 6.18 Ausbau und Umgestaltung der Thomasiusstraße - Gestaltungsbeschluss
Vorlage: V/2012/10510

zu 6.18.1 Änderungsantrag der FDP-Stadtratsfraktion zum Ausbau und Umgestaltung der Thomasiusstraße - Gestaltungsbeschluss (V/2012/10510)
Vorlage: V/2012/11265

Herr Stäglin, Beigeordneter für Planen und Bauen, bat den Änderungsantrag, aus folgenden Gründen abzulehnen:

Zwar gäbe es derzeit eine Gründerzeitstraße ohne Baumbestand, aber dennoch läge diese an einen Sanierungsgebiet. Es gäbe von dem Bewohner das Bedürfnis die Straßen, nicht nur durch Fahrzeuge und Spuren, sondern auch, wo es vom Platz her möglich ist, durch Grün zu gliedern.

Der Baumbestand in der Thomasiusstraße stelle eine qualitative Verbesserung dar.

Herr Kley, FDP-Fraktion, erinnert an die Situation der Straße. Sie sei in ihren Querschnitt so angelegt, dass es kaum unmöglich erscheint durch Baumbepflanzung die Gebäude und Fassaden nicht zu belasten.

Er kritisiere das Vorhaben, die bestehenden Parkplätze durch Bäume zu ersetzen.

Herr Wehrich, Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, plädiert für die Bepflanzung der Straße und ein Tempolimit auf 30.

Es gab keine weitere Wortmeldung.

zu 6.18.1 Änderungsantrag der FDP-Stadtratsfraktion zum Ausbau und Umgestaltung der Thomasiusstraße - Gestaltungsbeschluss (V/2012/10510)
Vorlage: V/2012/11265

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich abgelehnt

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat bestätigt die Vorplanung zum Ausbau und zur Umgestaltung der Thomasiusstraße als Grundlage für die weitere Planung **mit folgenden Änderungen:**
 - **Auf Seite 2 des Gestaltungsbeschlusses wird der letzte Punkt der Ziele "Anordnung von Bäumen als straßenraumgestaltende Elemente in Abhängigkeit von den örtlichen Gegebenheiten und unter Beachtung des Platzbedarfs im unterirdischen Bauraum (Ver- und Entsorgungsleitungen)."**

gestrichen.

- **Auf Seite 7 des Gestaltungsbeschlusses wird der Punkt „3.2.6. Baumpflanzungen“ gestrichen.**

2. Der Gestaltungsbeschluss steht unter dem Vorbehalt der Zurverfügungstellung der bewilligten Mittel durch das Land und einer gesicherten Gesamtfinanzierung.
3. Die Konzeption ist in geeigneter Weise der Öffentlichkeit vorzustellen.

**zu 6.18 Ausbau und Umgestaltung der Thomasiusstraße - Gestaltungsbeschluss
Vorlage: V/2012/10510**

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

Beschlussvorschlag:

4. Der Stadtrat bestätigt die Vorplanung zum Ausbau und zur Umgestaltung der Thomasiusstraße als Grundlage für die weitere Planung.
5. Der Gestaltungsbeschluss steht unter dem Vorbehalt der Zurverfügungstellung der bewilligten Mittel durch das Land und einer gesicherten Gesamtfinanzierung.
6. Die Konzeption ist in geeigneter Weise der Öffentlichkeit vorzustellen.

**zu 6.19 Ausbau/Umgestaltung Rannischer Platz - Gestaltungsbeschluss
Vorlage: V/2012/10511**

Es gab keine Wortmeldung

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

Die Vorzugsvariante (Anlage 2) der Vorplanung einschließlich der Gestaltungsprinzipien (Regeldetails siehe Anlage 4) zum Ausbau des Rannischen Platzes wird bestätigt.

Abstimmungsergebnis:

abgesetzt

im Finanzausschuss zurückgestellt

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt die unter Kapitel 8.3 des anliegenden Brandschutzbedarfsplans aufgeführten Maßnahmen. Die Umsetzung erfolgt nach Maßgabe des Haushaltsplanes.

1. Zur Gewährleistung des abwehrenden Brandschutzes und der Hilfeleistung ~~im Industriegebiet Star Park Halle A 14~~ ist **die Errichtung** einer **weiteren** Außenwache der Berufsfeuerwehr ~~zu errichten~~ **notwendig. Ziel ist die Umsetzung des zu realisierenden Schutzziels im nördlichen und nordöstlichen Stadtgebiet sowie im Industriegebiet Star Park Halle A 14.**
2. Der Stadtrat beschließt folgendes Schutzziel:
9 Einsatzkräfte treffen in der Regel und unter gewöhnlichen Bedingungen innerhalb von 12 Minuten nach der Alarmierung an jeder Einsatzstelle ein, die über öffentliche Verkehrsflächen zu erreichen ist.
Nach weiteren 5 Minuten sollen 6 weitere Einsatzkräfte an der Einsatzstelle eintreffen.
Bei mindestens 80 % der hilfsfristpflichtigen Einsätze sollen in jedem Stadtteil/Stadtviertel die Zielgröße Hilfsfrist und Funktionsstärke eingehalten werden.

**zu 6.24 Änderung des Stadtratsbeschlusses vom 31.08.2011 zum Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Erstellung eines regionalen Strategiekonzeptes zur ambulanten Suchthilfe der Stadt Halle - Vorlage: V/2011/09673
Vorlage: V/2012/11109**

Es gab keine Wortmeldung

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

geänderter Beschluss:

~~Die Oberbürgermeisterin empfiehlt dem Stadtrat, folgenden Beschluss zu fassen:~~

Der Stadtrat beschließt für die Erstellung eines regionalen Strategiekonzeptes zur ambulanten Suchthilfe der Stadt Halle (Saale). Die Mitwirkung Dritter **ist notwendig**. Die Zahlung einer Aufwandsentschädigung ist erforderlich.

zu 6.25 **Vorbereitung des Antragsverfahren für Schulen und Horte im Rahmen des Programms STARK III - EFRE, Phase 2**
Vorlage: V/2012/11129

Herr Dr. Meerheim wies darauf hin, dass dies nur ein Teil sei, es fehle eine zweite Liste mit dem Ausbau der Kindertagesstätten.

Herr Bürgermeister Geier bestätigte, dass es sich hierbei um den Teil 1 - Schulen handele.

In der weiteren Vorbereitung werden Kita und Horte mit aufgenommen und in einer Gesamtliste zum Teil 2 zusammengefasst

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschlussvorschlag:

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt im Rahmen des Förderprogramms STARK III – EFRE, Phase 2, weitere Schulen und Horte zur Förderung von Investitionen zur Steigerung der Energieeffizienz für das Antragsverfahren vorzubereiten.

Im Rahmen des Antragsverfahrens werden folgende Schulen zur Prüfung vorgeschlagen:

- **Campus Grund- und Sekundarschule** Kastanienallee mit Hort
- Grundschule „Albrecht Dürer“ mit Hort
- Grundschule „Hans Christian Andersen“
- Grundschule Glaucha mit Hort
- Grundschule Frohe Zukunft
- Grundschule Johannesschule mit Hort
- Sekundarschule Halle-Süd
- **Neubau Grundschule Auenschule mit Hort und Förderschule für Geistigbehinderte Astrid Lindgren“ als Modellvorhaben**
- Grundschule Diemitz / Freimfelde mit Hort

2. **Der Finanzausschuss beschließt die außerplanmäßigen Ausgaben für die unter 1. aufgeführten Schulen, oder alternativer Standorte entsprechend der beschlossenen Investitionsprioritätenliste für Schulen.**

Die Deckung dieser außerplanmäßigen Ausgabe in Höhe von max. 850 T€ erfolgt aus 7.230001.770.001 Mehrverkaufserlöse aus Veräußerungen von Grundstücken und Gebäuden und gesperrten Mitteln 2012 der Vorhaben Grundschule Johannesschule und Grundschule Diemitz/Freimfelde von insgesamt 21 T€.

7.400083.700.100	GS / SK Kastanienallee mit Hort	134.000 €
7.400081.700.100	GS „Albrecht Dürer“ mit Hort	80.000 €
7.400078.700.100	GS „Hans Christian Andersen“	80.000 €
7.4000xx.700.100	GS Glaucha mit Hort	85.000 €
7.400056.700.100	GS Frohe Zukunft	85.000 €
7.400075.700.100	GS Johannesschule	146.000 €

Die Beschlussvorlagen *Feststellung des Jahres- und Konzernabschlusses 2011 der Hallesche Wohnungsgesellschaft mbH*
Vorlage: V/2012/11132 sowie *Jahresabschluss 2011 der GWG Gesellschaft für Wohn- und Gewerbeimmobilien Halle-Neustadt mbH*
Vorlage: V/2012/10929 wurden zusammen besprochen.

Herr Bürgermeister Geier sagte, dass aus Sicht der Verwaltung der Antrag abgelehnt werden müsse.

Es gäbe eine Beschlusslage zur Haushaltskonsolidierung, die die Beiträge von der Wohnungswirtschaft, mit 10 Mio. EUR jährlich definiert.

Das betreffe auch das Jahr 2012. Der Gesellschafterbeschluss sieht eine geplante Abführung vor. Es gäbe ein Testat der Wirtschaftsprüfer, das bei dieser Höhe der Ausweisung des Gewinns möglich sei.

Ein möglicher Einnahmeausfall in dieser Größenordnung, von 4 bis 5 Mio. EUR, werde das Ergebnis zusätzlich verschlechtert und sich damit auf minus 17 bis 20 Mio. EUR ändern.

Es bestehe die Möglichkeit, wenn man dem Änderungsantrag zustimme, dass andere kommunale Gesellschaften, die in dem Konsolidierungsprozess beteiligt sind, mit entsprechen Forderungen auf Änderungen kämen.

Die Gewinnabführung in der Höhe wurde bestritten, daher schlägt er vor, dass man für das Jahr 2012 die Abführung in der vorgesehenen Höhe vornehme.

Frau Ewert, SPD-Fraktion wies darauf hin, dass sie den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. ablehne. Die HWG habe bisher 47,1 Mio. EUR abgeführt und das sei ein Kraftakt des Geschäftsführers sowie der Mitarbeiter gewesen. Nun wäre auch eine Ausschüttung von 6 Mio. EUR möglich, die man aber um 2 Millionen mindern wolle. Es seien hier klar Parallelen zur GWG erkennbar.

Auch bei minus 17,5 Mio. EUR im Stadthaushalt werde der Schulterchluss des Stadtrates, die Zahlung zu reduzieren, nicht verstanden. Das Geld würde dringend für die Leistungen unserer Bürger gebraucht.

Herr Häder, Fraktion MitBÜRGER für Hille – NEUES FORUM, sprach sich auch gegen den Antrag aus, da dies etwas mit *Wahrheit und Klarheit* zu tun hätte. Er bezeichnete dies als Taschenspielertricks und gab zu bedenken, dass eine Zustimmung den Unmut des Landesverwaltungsamt auf sich ziehe.
Keiner der beiden Unternehmen seien in seiner Existenz bedroht.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados wendet sich an die Stadträte und schloss sich den warnenden Worten ihrer Vorredner an.

Sie gab zu bedenken, dass man durch die Zustimmung des Antrages der Fraktion DIE LINKE, den wichtigsten Stadtratsbeschluss, nämlich den Haushaltsbeschluss, mit einer Zustimmung aushebeln würde.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados sagte, dass bei Beschlussfassung nicht nur das Landesverwaltungsamt, sondern auch sie selbst Widerspruch einlegen würde

Der Stadtrat stünde nicht zu seinen Beschlüssen und sowohl als die HWG und GWG

machen deutlich, dass eine Abführung möglich sei. Sie bittet noch einmal eindringlich die beiden Anträge, der HWG sowie GWG abzulehnen.

Herr Kley, FDP-Fraktion, fragte die Oberbürgermeisterin, ob sie ankündige, sollte der Änderungsantrag beschlossen werden, diesem zu widersprechen.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados beantwortete diese Frage mit einem klaren Ja.

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE., scherzte, dass es laut eines Zeitungsartikels, sehr kuschlig in der Stadtratssitzung werden sollte.

Er werde nicht auf armselige Argumente eingehen. Der Stadtrat hat trotz eines Gutachtens einen Beschluss gefasst und es wäre nicht tragbar diesen in Frage zu stellen bzw. sich darüber hinweg zu setzen.

Er sprach die laufenden Mieterhöhungen an, die die beiden Gesellschaften tragen.

Herr Dr. Meerheim gab an, dass er alle Protokolle von 2009 des Finanzausschusses- sowie der BMA – Sitzung durchgesehen habe und es gab Gewinnwarnungen durch die Wohnungsgenossenschaften. Es sei nicht in der Höhe ausschüttbar, dies wurde jedoch ignoriert.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates teilte mit, dass Herr Dr. Meerheim dem Mitwirkungsverbot unterläge.

Darauf entgegnete **Herr Dr. Meerheim**, dass er reden aber nicht abstimmen werde.

Herr Bartl bat **Herrn Dr. Meerheim**, dass ein Fraktionskollege für ihn weiter rede.

Herr Dr. Meerheim widerspricht **Herrn Bartl**, mit dem Worten „nu sei aber gut“ und **Herr Bartl** erteilt ihm wieder das Wort.

Man nahm an, dass im Jahre 2009 die Wohnungsgesellschaft in der Lage sei, dies zu schultern.

Der Finanzausschuss merkte an, dass man sich mit den Vertreter der Wohnungsgesellschaft einmal zusammensetzen sollte und somit ist dieser Vorschlag entstanden. Er habe sich bis zum Schluss geweigert seinen Namen unter die Tagesordnung zu setzen.

Herr Bartl ermahnt **Herrn Dr. Meerheim** seinen Satz aus Zeitgründen zu beenden.

Herr Dr. Meerheim wollte darauf hinweisen, dass keine Taschenspielertricks angewendet werden, sondern der Vorschlag aus der Stadtverwaltung käme. Falls diesem Vorschlag aus der Verwaltung gegengesprochen würde, müsse man hier über die Struktur nachdenken.

Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM richtet sich an alle Anwesenden.

Er kritisierte, dass der Vorgang ein unrühmliches Zeichen sei. Die Verwaltung spiele nicht mit offenen Karten gegenüber dem Finanzausschuss. Es werde eine Vorlage eingereicht und man erfahre erst durch den Änderungsantrag davon, dass ein anderer Beschluss gefasst wurde. Es sollte ein Kompromissvorschlag erarbeitet werden.

Es auch unrühmlich für die Verwaltung, das man erst durch den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE über die Sache diskutieren könne. **Herr Wolter** stellte gegenüber **Herrn Dr. Meerheim** dar, dass er sich an dieser Diskussion aktiv beteiligt habe.

Am 17.02.2009 stellten die SPD- und CDU-Fraktion einen Antrag, zur zeitlichen Streckung der Forderung und der Beiträge der Wohnungswirtschaft zur Haushaltskonsolidierung.

Dort wurde von der CDU- und SPD-Fraktion dasselbe vorgeschlagen, wie jetzt auch. Und der Rat habe es bestätigt. **Herr Wolter** machte weiterhin darauf aufmerksam, dass das Konsolidierungsziel im Jahre 2012 gleich null war. Daraus ist zu schließen, dass man einen Fehlbedarf in der Finanzplanung, vom Jahr 2008, gleich null sei und dieses Ziel wurde nicht erreicht.

Die Fraktion DIE LINKE stimmte den Änderungsantrag nicht zu, sondern trug den Vorschlag der Verwaltung.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados protestierte bezüglich der Kritik von **Herrn Wolter**, dass man erst jetzt von der Sache erfahre habe. Sie wies **Herrn Wolter** darauf hin, dass hier ein entsprechender Hinweis, S. 5 *Abweichende ..*, zu finden war.

Die Verwaltung bringe die Vorlage ein. Sie sprach auch **Herrn Dr. Meerheim** an, dass man nicht ausreichend über die Wohnungspolitik diskutiert habe. Der gesamte Stadtrat habe die Beschlüsse verfasst.

Weiterhin erinnerte sie daran, dass die Wohnungsgenossenschaften sich an den entsprechenden Mietspiegel halten müssten und es hier davon keine Rede sein kann, dass die GWG ihre Mieten selbst gestalte.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados war auch nicht über die Diskussionsweise des **Herrn Dr. Meerheim** erfreut, da die Sachlage in einem falschen Licht dargestellt wurde.

Herr Misch, CDU-Fraktion äußerte, dass hier eine emotional aufgeheizte Situation herrsche.

Er brachte zum Ausdruck, dass das Geld nicht in den Taschen eines Geschäftsführer landen, sondern den Bürger zur Gute kommen würde.

Herr Misch richtete sich an **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** und erklärte, dass zu diesem Zeitpunkt der Jahresabschluss noch nicht bekannt war. Er erinnerte daran, dass sich Bedingungen auch ändern können.

Herr Misch werde dem Antrag zustimmen.

Frau Ewert, SPD-Fraktion, äußerte sich zu *Wahrheit und Klarheit*. Der einmalige Beschluss sei in der BMA nicht vorbesprochen wurden. Sie stellte die Frage in den Raum, wieso man sich dann ein Beteiligungsmanagement leiste, wenn diese Sachen dort nicht erscheinen, nur weil man die Notwendigkeit darin nicht sehe. Sie erinnerte daran, dass die Wohnungsgenossenschaften ihre Aufgabe ernst nehmen.

Herr Knöchel, Fraktion DIE LINKE, will vermeiden, dass der Einwand von **Frau Ewert**, bezüglich der BMA als schwerwiegend erkannt werde.

Herr Knöchel erinnerte daran, dass die BMA an jeder Sitzung des Finanzausschusses teilnehme und natürlich Stellung nehmen könne. Hiervon wurde jedoch keinen Gebrauch gemacht.

Weiterhin kritisierte er, dass **Frau Ewert** die Durchschnittsmieten der Wohnungsgenossenschaft erwähnte, da es ja auch andere Wohngebiete gäbe, in denen die Miete höher sei, als von ihr gerade angegeben. Das erkenne man an den Wohnungsleerständen der einzelnen Gebiete.

Herr Knöchel wies auch den Vorwurf der Verantwortungslosigkeit zurück. Man müsse berechnete Interessen des Haushaltes und der Stadt abwägen. Es bestehe die Gefahr, dass wenn die Wohnungsgenossenschaften nicht mehr wettbewerbsfähig seien, dass man dann

einen viel höheren Preis zahlen würde, als den der derzeit gezahlt werde.

Herr Knöchel wolle sicherstellen, dass es sich hierbei nur um eine Stundung handele.

Herr Wehrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN informierte, dass seine Fraktion dem Änderungsantrag zustimmen werde.

Der Stadtrat habe eine städtische Gesamtverantwortung. Die Funktionen der Unternehmen sollen gewährleistet sein, z. B für den Stadtumbau Sorge zu tragen und auch die ausreichenden Finanzmittel zur Verfügung zu stellen.

Er erinnerte daran, dass die Stadtwerke nicht mehr die Leistungsfähigkeit besitze, die Erträge für den städtischen Haushalt zu erbringen.

Herr Wehrich wendet sich an Frau Oberbürgermeisterin Szabados und erinnerte an eine Diskussion der letzten Wahlperiode, dass nicht alle Erträge zur Haushaltskonsolidierung aus der Wohnungswirtschaft kommen können. Es wurde damals auf die Verkäufe verwiesen.

Herr Wolter bedankte sich bei Herrn Misch für seinen Redebeitrag.

Weiterhin richtet er sich mit der Bitte, um eine kurze Darstellung, was es betriebswirtschaftlich für einen Vorteil habe, diese Streckung vorzunehmen, an **Herrn Dr. Meerheim**.

Herr Dr. Meerheim sagte, dass es an Liquidität in den Unternehmen zur Durchführung baulicher Maßnahmen fehle. Es müssten bestimmte Projekte dann wegfallen, wie z.B. Barrierefreies Wohnen.

Herr Bürgermeister Geier äußerte sich, dass es zwei Blickwinkel gäbe.

Einen aus der Sicht der HWG und den anderen aus der Sicht der GWG.

Die Gesellschaft habe das Ziel die Eigenkapitalquote nicht zu erreichen. Er habe in den Gesprächen verdeutlicht, dass er eine Sicherheit von 10 Mio. EUR in die Bücher nehmen könne und das sei in dieser Form nicht gegeben.

Es wies darauf hin, dass die ganze Zeit seine Forderung mit der Frage, wie die Zahlung erfolgen könne, vermischt wurde.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados richtet sich an **Herrn Dr. Meerheim**.

Es wurde die Diskussion mit der HWG geführt, ob es der HWG möglich sei, die 6 Mio. EUR auszuschütten. Dies wurde bestätigt und somit erscheinen diese im Wirtschaftsplan.

Die Ausführung von **Herrn Geier** und der **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** veranlassen **Herrn Knöchel** dazu, beide in der Doppik (doppelten Buchführung) herzlich willkommen zu heißen.

Es würde heute die Ausschüttung, in Höhe von 6 Millionen, an die HWG beschlossen.

Dies wirke sich auf den Finanzplan aus.

Er erinnerte **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** daran, dass die Wohnungsgenossenschaften über eine hohe Eigenkapitalkapazität verfügen müssen. Das Thema sei die Liquidität.

Er fände, wenn ein Unternehmen ein Darlehen aufnehmen müsse, um die Ausschüttungsanforderungen seines Gesellschafters, wenn auch nur zeitweise zu finanzieren, dann sei es kritisch und somit sollte man den Stundungsantrag beschließen.

zu 6.28.1 **Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Beschlussvorlage "Feststellung des Jahres- und Konzernabschlusses 2011 der Hallesche Wohnungsgesellschaft mbH" (Vorlagen-Nr.: V/2012/11132) Vorlage: V/2012/11238**

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschluss (in geänderter Form):

1. Die Beschlussvorlage wird im Punkt 2. wie folgt geändert:

(kursiv + unterstrichen = Änderung)

2. Nach vorgenommener Einstellung von 10% des Jahresüberschusses in die satzungsmäßigen Rücklagen werden vom Bilanzgewinn EUR 6.000.000,00 an die Gesellschafterin ausgeschüttet.

Die Ausschüttung erfolgt in folgenden Tranchen:

im Jahr 2012: 4.000.000,00 €

im Jahr 2013: 2.000.000,00 €

Der verbleibende Bilanzgewinn in Höhe von EUR 1.038.048,75 wird als Gewinnvortrag auf das Geschäftsjahr 2012 vorgetragen.

In Höhe von EUR 2.000.000,00 wird per 31.12.2012 eine Verbindlichkeit gegenüber der Gesellschafterin ausgewiesen.

2. Der Beschlussvorlage wird ein neuer Punkt 6 mit folgendem Wortlaut hinzugefügt:

6. Die in Punkt 2 dieser Vorlage genannten Ausschüttungstranchen sind in den entsprechenden Jahresbilanzen der Stadt Halle (Saale) ab 2012 als terminierte Forderungen zu aktivieren.

zu 6.28 **Feststellung des Jahres- und Konzernabschlusses 2011 der Hallesche Wohnungsgesellschaft mbH**
Vorlage: V/2012/11132

Frau Oberbürgermeisterin Dagmar Szabados sowie die Stadträte Herr Frank Sängler, Herr Michael Sprung, Herr Dr. Bodo Meerheim, Frau Ute Haupt, Frau Gertrut Ewert, Frau Martina Wildgrube, Herr Manfred Sommer nahmen gemäß §31 GO-LSA nicht an der Abstimmung zum Beschlusspunkt 5 teil.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschluss (in geänderter Form):

Die Oberbürgermeisterin als Vertreterin der Gesellschafterin Stadt Halle (Saale) wird ermächtigt, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Der von der Geschäftsführung der Hallesche Wohnungsgesellschaft mbH vorgelegte, von der KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft geprüfte und am 29. März 2012 mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehenen Jahresabschluss 2011 mit:

Bilanzsumme EUR 531.472.084,84

Jahresüberschuss EUR 6.609.625,53

wird festgestellt.

2. Nach vorgenommener Einstellung von 10% des Jahresüberschusses in die satzungsmäßigen Rücklagen werden vom Bilanzgewinn EUR 6.000.000,00 an die Gesellschafterin ausgeschüttet.

Die Ausschüttung erfolgt in folgenden Tranchen:

im Jahr 2012: 4.000.000,00 €

im Jahr 2013: 2.000.000,00 €

Der verbleibende Bilanzgewinn in Höhe von EUR 1.038.048,75 wird als Gewinnvortrag auf das Geschäftsjahr 2012 vorgetragen.

In Höhe von EUR 2.000.000,00 wird per 31.12.2012 eine Verbindlichkeit gegenüber der Gesellschafterin ausgewiesen.

3. Der von der Geschäftsführung der Hallesche Wohnungsgesellschaft mbH vorgelegte, von der KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft geprüfte und am 29. März 2012 mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehene Konzernabschluss des Jahres 2011 mit:

Bilanzsumme EUR 595.072.181,68

Bilanzverlust EUR -4.097.148,28

wird festgestellt.

4. Dem Geschäftsführer der Hallesche Wohnungsgesellschaft mbH, Herrn Dr. Wahlen, wird für das Geschäftsjahr 2011 Entlastung erteilt.
5. Den Mitgliedern des Aufsichtsrates der Hallesche Wohnungsgesellschaft mbH wird für das Geschäftsjahr 2011 Entlastung erteilt.
6. Die in Punkt 2 dieser Vorlage genannten Ausschüttungstranchen sind in den entsprechenden Jahresbilanzen der Stadt Halle (Saale) ab 2012 als terminierte Forderungen zu aktivieren.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados kündigt ihren Widerspruch an.

zu 6.29.1 **Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur
Beschlussvorlage "Jahresabschluss 2011 der GWG Gesellschaft für Wohn-
und Gewerbeimmobilien Halle-Neustadt mbH" (Vorlagen-Nr.: V/2012/10929)
Vorlage: V/2012/11236**

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschluss:

1. Die Beschlussvorlage wird im Punkt 2. wie folgt geändert:

(kursiv + unterstrichen = Änderung)

2. Nach vorgenommener Einstellung von 10% des Jahresüberschusses in die
Satzungsmäßigen Rücklagen wird der Bilanzgewinn von EUR 3.341.818,28 an
die Gesellschafterin ausgeschüttet.

Die Ausschüttung erfolgt in folgenden Tranchen:

im Jahr 2012: 1.300.000,00 €

im Jahr 2013: 1.300.000,00 €

im Jahr 2014: 741.818,28 €.

In Höhe von EUR 2.041.818,28 wird per 31.12.2012 eine Verbindlichkeit gegenüber der
Gesellschafterin ausgewiesen.

**2. Der Beschlussvorlage wird ein neuer Punkt 5 mit folgendem Wortlaut
hinzugefügt:**

5. Die in Punkt 2 dieser Vorlage genannten Ausschüttungstranchen sind in den
entsprechenden Jahresbilanzen der Stadt Halle (Saale) ab 2012 als terminierte
Forderungen zu aktivieren

zu 6.29 **Jahresabschluss 2011 der GWG Gesellschaft für Wohn- und
Gewerbeimmobilien Halle-Neustadt mbH
Vorlage: V/2012/10929**

Herr Andreas Schachtschneider, Herr Dr. Bodo Meerheim, Herr Gottfried Koehn, Frau
Elisabeth Krausbeck nahmen gemäß §31 GO-LSA nicht an der Abstimmung zum
Beschlusspunkt 4 teil.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

geänderter Beschluss:

Die Oberbürgermeisterin als Vertreterin der Gesellschafterin Stadt Halle (Saale) wird ermächtigt, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Der von der Geschäftsführung der GWG Gesellschaft für Wohn- und Gewerbeimmobilien Halle-Neustadt mbH vorgelegte, von der WIBERA Wirtschaftsberatung Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft geprüfte und am 14. Mai 2012 mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehene Jahresabschluss des Geschäftsjahres 2011 mit:

Jahresüberschuss	EUR	2.911.467,64
Bilanzsumme	EUR	329.025.417,63

wird festgestellt.

2. Nach vorgenommener Einstellung von 10 % des Jahresüberschusses in die satzungsmäßigen Rücklagen wird der Bilanzgewinn von EUR 3.341.818,28 an die Gesellschafterin ausgeschüttet.

Die Ausschüttung erfolgt in folgenden Tranchen:

im Jahr 2012:	1.300.000,00 €
im Jahr 2013:	1.300.000,00 €
im Jahr 2014:	741.818,28 €.

In Höhe von EUR 2.041.818,28 wird per 31.12.2012 eine Verbindlichkeit gegenüber der Gesellschafterin ausgewiesen.

3. Der Geschäftsführerin der GWG Gesellschaft für Wohn- und Gewerbeimmobilien Halle-Neustadt mbH, Frau Jana Kozyk, wird für das Geschäftsjahr 2011 Entlastung erteilt.
4. Dem Aufsichtsrat der GWG Gesellschaft für Wohn- und Gewerbeimmobilien Halle-Neustadt mbH wird für das Geschäftsjahr 2011 Entlastung erteilt.
5. Die in Punkt 2 dieser Vorlage genannten Ausschüttungstranchen sind in den entsprechenden Jahresbilanzen der Stadt Halle (Saale) ab 2012 als terminierte Forderungen zu aktivieren

zu 6.30 Jahresabschluss 2011 der Stadion Halle Betriebs GmbH
Vorlage: V/2012/11151

Herr Bernhard Bönisch, Herr Dr. Karamba Diaby, Herr Andreas Hajek nahmen gemäß § 31 GO-LSA nicht an der Abstimmung zu Beschlusspunkt 4 teil.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) genehmigt folgende Beschlussfassung der Oberbürgermeisterin in der Gesellschafterversammlung der Stadion Halle Betriebs GmbH vom 18.10.2012:

1. Der Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2011, der einen Jahresfehlbetrag von 541,62 Euro ausweist, wird festgestellt.
2. Der Jahresfehlbetrag des Geschäftsjahres 2011 in Höhe von 541,62 EUR wird auf neue Rechnung vorgetragen.
3. Dem Geschäftsführer, Herrn Egbert Geier, wird für das Geschäftsjahr 2011 Entlastung erteilt.
4. Die Mitglieder des Beirates werden für das Geschäftsjahr 2011 entlastet.

zu 6.31 Anträge auf überplanmäßige Aufwendungen/ Auszahlungen 2012 Vorlage: V/2012/11229

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt den überplanmäßigen Aufwand/ die überplanmäßige Auszahlung für

1. 1.36303 Hilfe zur Erziehung für Minderjährige/Eingliederungshilfe, 1.36304 Hilfen für Junge Volljährige/Eingliederungshilfen, 1.36307 vorläufige Maßnahmen zum Schutz von Kindern und Jugendlichen § 42 SGB VIII Sachkonten 53310200/73310200 und 53310200/73310200 und 53320200/7330200 Leistungen außerhalb von Einrichtungen und Leistungen in Einrichtungen in Höhe von **1.818.595 Euro**;
2. 1.36501 Betrieb von Kindertageseinrichtung Sachkonto 53182100/73182100 Zuschüsse an freie Träger Kita in Höhe von **664.408 Euro**;

Die Deckung erfolgt aus den Produkten:

- 1.31260 Bildung und Teilhabe SGB II (BuT)
Sachkonto 53390300 - Weitere soziale Leistungen in Höhe von **2.483.003 Euro**

Nach der Abstimmung meldet sich **Herr Knöchel** zu Wort: Er brachte das Befremden über die eigene Verfahrensweise zum Ausdruck. Ratsmitglieder werden in den öffentlichen Sitzungen ausgeschlossen und bat um nochmalige Überprüfung des Ausschlusses.

zu 7 Wiedervorlage

zu 7.1 Antrag der CDU-Fraktion zur Errichtung einer öffentlichen Bedürfnisanstalt im Gebiet der Ziegelwiese Vorlage: V/2012/10964

Abstimmungsergebnis:

abgesetzt
im Ausschuss für
Planungsangelegenheiten vertagt

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt:

Die Stadtverwaltung überprüft die Möglichkeit der Errichtung einer öffentlichen Bedürfnisanstalt in unmittelbarer Nähe zur Ziegelwiese. Dabei sollen auch Varianten zur Finanzierung untersucht werden.

Über das Ergebnis der Prüfung unterrichtet die Stadtverwaltung den Ordnungs- und Umweltausschuss sowie den Planungsausschuss spätestens in den Sitzungen im November 2012.

**zu 7.2 Antrag der CDU-Fraktion zur Einführung des elektronischen Baugenehmigungsverfahrens
Vorlage: V/2011/10214**

Abstimmungsergebnis:

abgesetzt
im Ausschuss für
Planungsangelegenheiten vertagt

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die Einführung eines elektronischen Baugenehmigungsverfahrens zu prüfen. Zielstellung soll die Verringerung des Aufwandes für den Antragsteller und die Verwaltung sowie eine Beschleunigung der Verfahrensdauer durch Prozessoptimierung sein. Dem Antragsteller soll die Möglichkeit einer elektronischen Sachstands Auskunft eingeräumt werden.

**zu 7.3 Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Festlegung von Kriterien für die Erhaltung von historisch wertvollen Grabmalen
Vorlage: V/2012/10695**

Herr Dr. Bartsch, Fraktion DIE LINKE, beantragt Einzelabstimmung der drei Beschlusspunkte.

Im ersten Punkt ginge die Stadtverwaltung mit, eine Arbeitsgruppe zu errichten. Weiterhin sei er der Meinung, dass Punkt 2 und 3 nicht das Problem einer zu engen Zeitschiene sei, sondern vielmehr hier den Vorschlag einer Arbeitsgruppe einbrachte. Es sei wichtig sich hier

Termine zu setzen, damit man auch die Inhalte der Friedhofssatzung auch umsetzen könne.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados machte darauf aufmerksam, ob es wirklich sinnvoll wäre, dass alles so allgemein zu halten. Es sei doch besser die Grabmale der Persönlichkeiten bzw. die Stellen wo Handlungsbedarf sei, zu konkretisieren.

Herr Dr. Bartsch erwiderte, dass bereits in der Friedhofssatzung stünde, dass die Stadt für den Erhalt wertvoll künstlicher historischer Grabmale von kommunalen Friedhöfen verantwortlich sei.

Es gäbe auch eine Liste, wo bereits die Überschrift falsch wäre. Hier würde Grabstätte stehen anstatt Grabmale. Von 14 kommunalen Friedhöfen seien nur 6 erfasst. Es gäbe dringenden Handlungsbedarf über die Festlegung, was kann- und was erhalten werden muss.

Die Aufgabe der Arbeitsgruppe wäre mit Kompetenz zu entscheiden. Einschätzungen, was ist künstlerisch und historisch wertvoll an unserer kommunalen Friedhöfe zu erhalten. Darüber gäbe es keine klaren Aussagen.

Frau Dr. Wünscher, CDU-Fraktion, widersprach den Äußerungen von Herr Dr. Bartsch. Die Einberufung einer zusätzlichen Arbeitsgruppe sei nicht zielführend. **Herr Rost, Leiter des Grünflächenamtes**, habe eindeutig dargelegt, dass dieses Thema im Mittelpunkt der Verwaltung stehe.

Weiterhin gab **Frau Dr. Wünscher** an, dass bestimmte Grabmale in der Regel Privateigentum seien und erst nach einer bestimmten Zeit in die Obhut der Friedhofverwaltung falle. Es gäbe genug Vereine, die sich liebevoll und verantwortungsbewusst um die Grabmale kümmern. Sie sehe für eine Arbeitsgruppe keinen Handlungsbedarf.

Herr Dr. Bartsch informierte alle Anwesenden, dass er nach einem Gespräch mit **Herrn Rost**, dem Leiter des Grünflächenamtes, diesen Antrag stellte. Dieser Antrag sei mit Empfehlung von **Herrn Rost** und es bestünde wirklich Handlungsbedarf. Ansonsten könnte man den § 34 der Friedhofssatzung streichen oder außer Kraft setzen.

Herr Stäglin, Beigeordneter für Planen und Bauen, wies auf die aktiven Bürger des „Vereins Friedhofkultur“ hin, welche sich liebevoll um die Grabmale kümmern. Die Überlegung des Stadtrates und der Verwaltung ist, wie kann man fachliche Kompetenz miteinbinden könne.

Die Arbeitsgruppe könne die Maßnahme nicht festlegen sondern nur inhaltliche Vorschläge unterbreiten. Es müsste genau überlegt werden, wen man hinzuziehen müsse, und wie groß der Kreis sein solle. Hierbei könnte man von den Erfahrungen des „Verein für Friedhofkultur“ profitieren.

Herr Hopfgarten, SPD- Fraktion spricht sich für die Unterstützung des Antrages aus. Allerdings stellt er die Frage, ob eine Arbeitsgruppe sinnvoll wäre und kündigt eine Beantragung von Einzelpunkten an.

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, erinnerte daran, dass der Verwaltung keine Vorschriften gemacht werden könne, wie sie ihre Arbeit zu erledigen habe.

Abstimmungsergebnis:

**mehrheitlich abgelehnt
Einzelabstimmung der**

Beschlusspunkte

Beschlusspunkt 1: mehrheitlich abgelehnt

(damit ist Abstimmung der folgenden Beschlusspunkte nicht mehr notwendig)

Beschlussvorschlag:

~~Die Stadtverwaltung wird beauftragt, Kriterien zu benennen, nach denen künstlerisch oder historisch wertvolle Grabmale, oder solche, die als besondere Eigenart eines Friedhofes gelten, erhalten bleiben sollen.~~

- 1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, eine Arbeitsgruppe zu berufen, die Maßnahmen festlegt, um die Aufgaben, die sich aus dem § 34 (3) der Friedhofssatzung der Stadt Halle (Saale) für die kommunalen Friedhöfe der Stadt Halle ergeben, umzusetzen.**
- 2. Die Stadtverwaltung legt dem Kulturausschuss bis Januar 2013 Vorschläge zur Besetzung der Arbeitsgruppe vor.**
- 3. Nach der Konstituierung legt die Arbeitsgruppe einen Maßnahmenplan vor, der Aufgaben, Ziele und Termine zur Umsetzung des § 34 (3) der Friedhofsordnung festlegt. Der Maßnahmenplan ist im Juni 2013 vorzulegen.**

**zu 7.4 Antrag der Stadtratsfraktionen DIE LINKE., BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zu Vergabekriterien für Veranstaltungen auf dem Marktplatz und Hallmarkt
Vorlage: V/2012/10986**

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, erinnerte, dass die Antragstellerin anspruchsvolle Veranstaltungen auf den Markt und Hallmarkt erzielen wolle.

Weiterhin streben sie transparente und einheitliche Kriterien für die Genehmigungen für die Vergabe an. Kommerzielle Veranstaltungen, sofern sie den öffentlichen Raum nutzen, sich auch finanziell daran beteiligen müssen.

Es gäbe eine deutliche Unzufriedenheit über das derzeitige qualitative Angebot. Es muss eine Abwägung zwischen städtischen und kommerzielle Interesse erfolgen und die Stadt ihre eigenen Interesse stärker vertrete.

Frau Raab, FDP-Fraktion richtet sich an Herrn Paulsen und begrüße seine Begründung. Allerdings fehle dies in seinem Antrag.

Kommerzieller Aspekt sollte als Unterschied mit aufgenommen werden. Darin sollte festgelegt werden, dass für gebührenbefreite Veranstaltungen, z.B. von der Nutzung des Marktplatzes; Kriterien erstellt werden. Weiterhin müssen für die Befreiung der Gebühren, Kriterien festgelegt werden. Es fehle der Hinweis auf die gebührenpflichtige Veranstaltung.

Keine weitere Wortmeldung.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich abgelehnt

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit der Stadtmarketing Halle GmbH und dem Fachforum Politik der Stadtmarketing GmbH unter kulturellen, ökonomischen und touristischen Aspekten, Kriterien und Standards für die Vergabe von Marktplatz und Hallmarkt für regional und überregional bedeutende Veranstaltungen ab dem Jahr 2013 zu entwickeln und dem Stadtrat zur Beschlussfassung im November vorzulegen sowie in geeigneter Form zu veröffentlichen.

**zu 7.5 Antrag der SPD-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zum Erhalt des
Baumbestandes in der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2012/10844**

Herr Misch, CDU-Fraktion, lobte das Interesse der **SPD Fraktion** an dem „Grün“ der Stadt. Weiterhin erinnerte an die gestellten Anträge.

Er gab zu bedenken, dass man mehr für den Baumerhalt tun müsse. Die eingestellten Mittel des Haushaltes, selbst nach der Erhöhung, würden nicht für die Pflege des bestehenden Baumbestandes ausreichen. **Herr Misch** sprach die einzelnen Beschlussvorlagen an.

**HIER MUSS HERR MISCH GESAGT HABEN, DASS DER ANTRAG NOCHMAL IN
AUSSCHUSS MUSS**

Herr Bartl merkte an, dass dies einer erneuten Abstimmung bedarf.

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, erinnerte daran, dass sie den Antrag begrüßen würden und bedankte sich zur positiven Haltung der Verwaltung.

Man sollte dies zukünftig als Verpflichtung nehmen, sich mehr um den Baumbestand zu kümmern. Er sei darüber verwundert, dass **Herr Misch** den Antrag wieder in den Umweltausschuss und dieselben Punkte erwähnt, die dort bereits diskutiert wurden.

Herr Paulsen bittet um Ablehnung des Antrages von **Herrn Misch**, dies beim Umwelt- und Finanzausschuss einzureichen.

Herr Bartl erinnert, dass **Herr Misch** den Antrag gestellt hatte, dieses Anliegen dem Umwelt- und Finanzausschuss vorzulegen.

Herr Krause, SPD-Fraktion, sagte, dass es eine Sache sei, die allen am Herzen läge. Wenn kein Ersatz des Baumbestandes erfolge, würde sich das Angesicht von Halle-Neustadt verändern, da man auch durch Unwetter Bäume verliere. Man müsse sich über den finanziellen Aspekt im Klaren sein und nicht unterschätzen.

Herr Bartl kommt der Bitte von **Herrn Köck, Fraktion DIE LINKE** nach, dies in den Planungsausschuss zu verweisen.

Herr Paulsen, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bat um Einzelabstimmung der Verweisungsanträge.

Abstimmung der Einzelpunkte, ob diese in den:

Ordnungs- und Umweltausschuss verwiesen werden Abstimmung: **mehrheitlich abgelehnt**

oder in den
Finanzausschuss verwiesen werden Abstimmung: **mehrheitlich zugestimmt**

oder in den
Planungsausschuss verwiesen werden Abstimmung: 14 Ja-Stimmen
25 Nein-Stimmen
5 Enthaltungen.

Dieser Antrag wird nicht in den Planungsausschuss verwiesen.

Abstimmungsergebnis: verwiesen

durch Geschäftsordnungsantrag der CDU Fraktion
in den
Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften

Beschlussvorschlag:

1. Die Stadtverwaltung stellt sicher, dass mittelfristig notwendige Baumfällungen durch Ersatzpflanzungen kompensiert werden. Die hierfür erforderlichen Mittel sind in den Haushaltsplanentwürfen der Stadtverwaltung ab dem Haushaltsjahr 2013 zu berücksichtigen.
2. Besonderes Augenmerk ist hierbei auf die Kompensation der Altbestände von Hybridpappeln durch die Pflanzung anderer Baumarten im Stadtteil Neustadt zu richten.
3. Die Stadtverwaltung stellt sicher, dass die finanzielle Ausstattung des Grünflächenamtes einen langfristigen Pflegeplan für den kommunalen Baumbestand einschließlich des Straßenbaumbestandes ermöglicht.

**zu 7.6 Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Prüfung von Einkaufsmöglichkeiten in Dölau
Vorlage: V/2012/10996**

Abstimmungsergebnis:

absetzt
vom Antragsteller für erledigt erklärt

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird aufgefordert zu prüfen, inwieweit im Stadtteil Dörlau durch das verstärkte Setzen von Anreizen ein Betreiber für eine weitere Einkaufsmöglichkeit im Stadtteil gewonnen werden kann.

**zu 7.7 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Erstellung eines
Personalkonzeptes
Vorlage: V/2012/11056**

Abstimmungsergebnis:

abgesetzt
im Finanzausschuss zurückgestellt

Beschlussvorschlag:

Die Stadt Halle (Saale) erstellt ein Personalkonzept, mit dem Ziel einer aufgabenbezogenen Bedarfsprüfung aller Personalstellen. Abhängig vom Ergebnis werden die Personalstellen neu zugeordnet.

**zu 7.8 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Unterstützung der
Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg
Vorlage: V/2012/11102**

Abstimmungsergebnis:

abgesetzt
im Hauptausschuss vertagt

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) fordert Landesregierung und Landtag auf, der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg für dieses und die Folgejahre eine angemessene Finanzierung zur Verfügung zu stellen und auf weitere Budgetkürzungen zu verzichten. **Die Anzahl der Studienplätze und somit die Kapazitäten in Forschung und Lehre sollen erhalten bleiben.**
2. Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) bittet Landesregierung und Landtag, in dem anstehenden Prozess der Profildiskussion der Hochschulen des Landes und der daraus zu erwartenden Neustrukturierung der Hochschullandschaft und Budgetentscheidungen der großen Bedeutung der Standorte für Stadt, Region und deren gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Weiterentwicklung besonderes Augenmerk zukommen zu lassen.
3. Der Stadtrat fordert die Stadtverwaltung auf, ein zukünftig regelmäßig tagendes städtisches Dialogforum „Zukunft der Hochschulen in Halle“ (Arbeitstitel) zu initialisieren. Gegenstand dieser Beratungen soll der gegenseitige Austausch

und die Formulierung gemeinsamer politischen Interessen zur gedeihlichen Weiterentwicklung von Halle und ihrer wissenschaftlichen Einrichtungen sein. Neben dem Oberbürgermeister und Vertretern der Ratsfraktionen sollten dazu die Rektoren der halleschen Hochschulen, die Leitungen der außeruniversitären Forschungseinrichtungen und -institutionen (wie dem TGZ) sowie entsprechende Interessengruppenvertreter (beispielsweise der Studierendenräte oder der Personalräte) eingeladen und perspektivisch auch der Saalekreis einbezogen werden.

4. Als Auftakt zu diesem langfristigen Meinungsbildungsprozess lädt der Stadtrat den Rektor, den Studierendenrat und den Personalrat der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg zur nächstmöglichen Stadtratssitzung zwecks eines Austauschs über die aktuelle Lage der Universität ein.

zu 7.8.1 **Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Unterstützung der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg (Vorlagen-Nr. V/2012/11102)**
Vorlage: V/2012/11168

Abstimmungsergebnis:

abgesetzt

im Hauptausschuss vertagt

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) fordert Landesregierung und Landtag auf, der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg für dieses und die Folgejahre eine angemessene Finanzierung zur Verfügung zu stellen und auf weitere Budgetkürzungen zu verzichten.
2. **Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) lädt den Rektor der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg zu einer öffentlichen Anhörung in die nächste Stadtratssitzung ein.**

zu 7.8.1.1 **Änderungsantrag der FDP-Stadtratsfraktion zum Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Unterstützung der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg (Vorlagen-Nr. V/2012/11168)**
Vorlage: V/2012/11172

Abstimmungsergebnis:

abgesetzt

im Hauptausschuss vertagt

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) fordert Landesregierung und Landtag auf, der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg für dieses und die Folgejahre eine angemessene Finanzierung zur Verfügung zu stellen und auf weitere

Budgetkürzungen zu verzichten.

2. Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) lädt den Rektor der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg **und den Finanzminister des Landes Sachsen-Anhalt** zu einer öffentlichen Anhörung in die nächste Stadtratssitzung ein.

**zu 7.8.1.2 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. zum Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Unterstützung der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg (Vorlagen-Nr.: V/2012/11168)
Vorlage: V/2012/11240**

Abstimmungsergebnis:

abgesetzt

im Hauptausschuss vertagt

Beschlussvorschlag:

Der Beschlussvorschlag im Punkt 2 wird wie folgt geändert:

2. Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) lädt den Rektor, **den Studierendenrat und den Personalrat** der Martin-Luther-Universität Halle- Wittenberg zu einer öffentlichen Anhörung in die nächste Stadtratssitzung ein.

**zu 7.9 Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Unterstützung der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg
Vorlage: V/2012/11165**

Abstimmungsergebnis:

abgesetzt

im Hauptausschuss vertagt

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat stellt fest, dass die MLU als größter Arbeitgeber und größte Hochschule des Landes eine herausragende Bedeutung für die Entwicklung der Stadt Halle (Saale) hat.
Vor diesem Hintergrund fordert der Stadtrat die Landesregierung auf, die Anzahl der Studienplätze, und somit die Kapazität für Forschung und Lehre zu erhalten. Das schließt eine auskömmliche Finanzierung ein.
2. Die zukünftige Ausgestaltung der Hochschulstrukturen im Land und die damit verbundenen zukünftigen Profile der Hochschule haben enorme Auswirkungen auf die Entwicklung von Stadt und Region. Vor diesem Hintergrund beauftragt der Stadtrat die Stadtverwaltung, ein Dialogforum in der Region zu initialisieren. Partner sollen dabei neben Stadt und Landkreis die außeruniversitären Forschungseinrichtungen, die Hochschule in Halle und Saalekreis, die regionale Wirtschaft sowie die Landesregierung sein. Ziel des Dialogforums ist es, die im nächsten Jahr stattfindende Neustrukturierung der Hochschullandschaft aus regionalpolitischer Sicht zu begleiten.

**zu 7.10 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Erstellung einer Tourismuskonzeption für die Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2012/11099**

Abstimmungsergebnis:

abgesetzt

im Ausschuss für Wissenschaft- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung vertagt

Beschlussvorschlag:

1. Die Stadtverwaltung wird aufgefordert, gegenüber der Stadtmarketinggesellschaft darauf hinzuwirken, bis zum 3. Quartal 2013 eine aussagekräftige Potentialstudie für die Tourismus- und Freizeitwirtschaft in der Stadt Halle (Saale) vorzulegen. Diese Studie soll möglichst durch einen externen Dienstleister erstellt und gemeinsam mit weiteren Partnern finanziert werden.
2. Auf Basis dieser Studie wird eine für die Stadtmarketinggesellschaft und das städtische Verwaltungshandeln verbindliche Tourismuskonzeption mit mindestens fünfjährigem Planungshorizont entwickelt, an deren Beteiligung alle relevanten Akteure und Interessengruppen der Stadt beteiligt werden und die vom Stadtrat verabschiedet wird.
3. Der Erfolg dieses Planungsprozesses und die Umsetzung der Ziele der Tourismuskonzeption werden im fünften Jahr nach deren Inkrafttreten evaluiert und dem Stadtrat in Form einer Beschlussempfehlung für die Fortführung oder Weiterentwicklung vorgelegt.

**zu 7.11 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Erstellung eines verbindlichen Katalogs sozialer und ökologischer Kriterien bei Auftragsvergaben der Stadt Halle
Vorlage: V/2012/11093**

Abstimmungsergebnis:

abgesetzt

im Hauptausschuss vertagt

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, einen Katalog mit sozialen und ökologischen Kriterien für die Beschaffung von Gebrauchs- und Verbrauchsgütern für die Bürobereiche der Stadtverwaltung und der Eigenbetriebe zu erarbeiten und nach Erstellung bei Auftragsvergaben zu berücksichtigen. Über die Umsetzung und Fortschreibung ist im Rahmen des jährlichen Vergabeberichtes zu informieren.

**zu 7.12 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Schaffung von inklusiven Grundschulen
Vorlage: V/2012/10859**

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, erinnerte, dass der Antrag das dritte Mal im Bildungsausschuss eingereicht wurde und machte auf die Änderungen aufmerksam.

Er dankte der Stadtverwaltung und dem Ausschuss für das Entgegenkommen. Man sei zur Einsicht gekommen, dass man Modelle nicht umsetzen könne, bei Schulen, die noch gar nicht vorhanden seien.

Es wird vorgeschlagen, dass modellhaft ohne Modellversuch bei der Grundschule Glaucha umzusetzen. Eine positive Stellungmaßnahme von der Verwaltung läge vor

Herr Müller, CDU-Fraktion, äußerte, dass diese Diskussionen bereits nicht nur auf städtischer Ebene sondern auch auf der Länderebene geführt wurden. Er gab zu bedenken, dass es in Halle nur eine Handvoll Schulen gäbe, in der körperlich behinderte Schüler beschult werden können.

Die Zustimmung des Antrages sei mit einer Forderung an die Verwaltung gekoppelt. **Herr Müller** fordere eine klare Stellungsmaßnahme der Verwaltung, dass es zu keinerlei Bauchverzögerungen käme, denn die Schule in Glaucha würde dringend gebraucht.

Herr Dr. Diaby, SPD-Fraktion, stimmt dem Antrag zu. Er informierte, dass dies ausführlich im Bildungsausschuss diskutiert wurde. Er gab zu bedenken, dass viele, die hier in diesem Thema in Frage kommen würden, Landesangelegenheiten seien. **Herr Dr. Diaby** merkte an, dass es viele Elemente gäbe, die man nicht beeinflussen könne.

Frau Dr. Bergner, CDU-Fraktion, erwähnte die langen Diskussionen im Bildungsausschuss und das die Verwaltung den Schulbau aus Geldmangel vertagen wollte. Sie schlug vor, dass man die große Auflage an die Eröffnung anhängen solle.

Sie sehe die Gefahr, dass keine Fertigstellung der Schule dieses Jahr erfolgen werde. Man stellt sich die Frage wie ist es geplant und wie wird finanziert.

Herr Paulsen wendet sich an **Frau Dr. Bergner**, dass man von vornerein in Betracht gezogen hätte, die Schule schrittweise an das Netz zu bringen. Das würde bedeuten, nur einen kleinen Teil, die Baumaßnahmen zweizügig zu gestalten. Danach würden die Sanierungs- und Brandschutzmaßnahmen schrittweise erfolgen. Es habe sich eine kleine Arbeitsgruppe gegründet, die inklusiv denkt und umsetzt. Man sollte hier anfangen „Inklusion“ schon zu denken und zu handeln.

Herr Lange, Fraktion DIE LINKE., wollte sich ursprünglich nicht noch mal zu Wort melden, da er dachte, auch nach den Beitrag nach **Herrn Müller**, dass man nur zustimmen bräuchte. Aber die Argumentation von **Frau Dr. Bergner** animierte ihn sich noch mal zu äußern. Er stellte fest, dass Inklusion auf Landesebene, Bundesebene und UN-Ebene durchgegliedert sei.

Es sei nur konsequent „Inklusion“ mitzudenken, denn es mache keinen Sinn, danach daran zu denken, da man dann teuer nachrüsten müsse. Diese Fehler wurden in der Vergangenheit bereits bei den Projekt „PPP“ begangen und man müsse hier teuer nachsanieren. Man müsse vorher mitdenken, man muss es wollen und dann könne man dementsprechend an Schulen gestalten.

Frau Raab, FDP-Fraktion wendet sich an **Herrn Lange** und unterbreitet ihm ausdrücklich, dass sie **Frau Dr. Bergner** unterstützt und ermutigen. Sie bestätigte die langen Diskussionen. Natürlich sei Inklusion sehr wichtig, aber sie gab auch zu bedenken, dass das Land keine konkreten Vorstellungen und Vorschriften habe, wie

baue man Schulen „Inklusionmäßig“. Man könne nicht erwarten, eine Schule, die wirklich ans Netz gebracht werden muss zu bauen, wobei man nicht mal die Richtlinien kennen.

Die Gefahr bestünde hier vielmehr darin, dass das Land noch keine genaueren Vorstellungen habe, wie man eine Schule „Inklusionsmäßig“ baut bzw. umbaut. Weiterhin bestehe die Gefahr, dass das Land später andere Vorstellungen habe und man hier dringend benötigtes Geld fehlinvestiert.

Die Glaucha Schule würde dringend gebraucht und man sollte nicht experimentieren. Unter diesen Voraussetzungen werde man den Antrag ablehnen.

Herr Schachtschneider, CDU-Fraktion, sprach das Abstimmungsverhalten der einzelnen Fraktionen an. Er wies darauf hin, wie dringend man die Glaucha Schule bräuchte. Es müsse doch möglich sein, dass man einem Kind, welches im Rollstuhl sitzt, sagen könne, dass es auch hier ganz normal an die Grundschule gehen könne.

Herr Bönisch erläuterte, dass er keinerlei weitere Kenntnisse habe, aber er drückte dennoch ganz stark sein Missfallen aus. Es könne doch nicht sein, dass man eine Schule im laufenden Betrieb sanieren würde. Auch wenn diese dann besser durch Inklusion, auch räumlich, unterstützt werden würden.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschluss:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, ~~gemäß § 11 SchulG LSA für die geplante neue Grundschule Glaucha und eine notwendige weitere neue Grundschule im Bereich der Nördlichen Innenstadt zum Schuljahr 2013/14 beim Kultusministerium sog. Schulversuche zu beantragen, die eine modellhafte und probeweise Umsetzung von Formen und Zielen inklusiver Bildung vorzusehen.~~

zu 7.13 Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN zur Fortschreibung des Bibliotheksentwicklungsplans der Stadtbibliothek
Vorlage: V/2012/10992

Frau Krausbeck, Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, sagte, dass die Stadtbibliothek seit fünf Jahren ohne Bibliotheksentwicklungsplan sei. Daher wird dieser nun vorgeschlagen, um einer Tendenz entgegen zu wirken, in der der Haushaltsdruck die Ziele der Stadtbibliothek bestimme.

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE., richtet sich mit einer Frage an die Verwaltung. Die Grundlage des Bibliotheksentwicklungsplanes sei das Fachkonzept und der Produktplan. Er merkte an, dass ein Fachkonzeptes nicht vorliege und fragte, ob der Termin realistisch gehalten werden könne.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados, erinnerte daran, dass die Stadtverwaltung eine Erklärung abgegeben habe. Dort empfiehlt sie im ersten Satz die Annahme. Somit ginge sie davon aus, dass der Termin zu halten sei.

Herr Dr. Merrheim gab zu bedenken, dass **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** letztmalig am 30.11. dafür zuständig sei.

Er fragte, wann genau der entsprechende Lenkungsausschuss stattfindet und wann das entsprechende Fachkonzept vorgestellt werde. **Herr Dr. Merrheim** versicherte, dass er diesen Antrag nicht verhindern wolle, sondern nur Bedenken habe, dass der Termin nicht eingehalten werden könne.

Herr Dr. Merrheim beginnt ein Wortgefecht mit **Frau Oberbürgermeisterin Szabados**. Er möchte unbedingt wissen, wann der nächste Lenkungsausschuss stattfindet und welche Fachkonzepte dort vorgelegt werden, auch wenn der Termin nach ihrer Amtsperiode sei.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados antwortete auf die Frage von **Herrn Dr. Merrheim**. Sie wies ihn darauf hin, dass es hier einen entsprechenden Antrag gäbe. Die Verwaltung habe eine Stellungnahme abgegeben. Der zuständige Beigeordnete sicherte zu, dass man den Antrag annehmen solle. Es wurden nur ein paar Punkte und deren Reihenfolge ergänzt.

Die Frage nach dem Termin wann der Lenkungsausschuss tagt, bittet sie ihn einen mündliche Anfrage zustellen, die ihm dann schriftlich beantwortet werden würde.

Sie verdeutlichte, dass sie Verwaltung empfahl, diesen Antrag so anzunehmen und bat **Herrn Dr. Merrheim** seine Skepsis woanders auszutragen.

Herr Paulsen äußerte, dass die Diskussion ihm ein bisschen unheimlich sei. Dennoch habe Frau Oberbürgermeisterin Szabados ihm aus dem Herzen gesprochen, als sie die Zustimmung der Verwaltung erwähnte.

Auch wenn die Fachkonzepte noch in Bearbeitung seien. Er stimmte zu, dass es sinnvoller wäre, erst den Entwicklungsplan und dann das Fachkonzept zu erstellen. Aber man könne erst den Bibliotheksentwicklungsplan durchführen und das Fachkonzept im Notfall noch mal anpassen.

Frau Dr. Bergner, CDU-Fraktion, richtete sich mit ihrer Frage an den **Bürgermeister Herrn Geier**. Im Hauptausschuss wurde erwähnt, dass die Fachkonzepte bereits fertig gestellt seien und auf die Controller zulaufen. Diese würden dann im Stadtrat eingebracht. Sie fragte ob dies dem so entsprechen würde.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, merkte an, dass die Verwaltung hier verschlossen sei und **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** ergänzte, dass diese Frage hier jetzt nicht stehe.

Beide wiesen auf die mündliche Anfrage mit schriftlicher Antwort hin.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, dem Stadtrat bis zum Ende des 1. Quartals 2013 eine Fortschreibung des „Bibliotheksentwicklungsplans der Stadtbibliothek Halle (Saale) 2004 bis 2007“ zur Beschlussfassung vorzulegen.

2. Der Bibliotheksentwicklungsplan soll insbesondere Aussagen zu folgenden Aspekten treffen:
- Profil und Bestand der Zentralbibliothek, Musikbibliothek, Fahrbibliothek und der Stadtteilbibliotheken
 - Strategische Ziele bzgl. der Bestandsentwicklung; insbesondere konkrete Maßnahmen:
 - zur Erweiterung der LeserInnenschaft und Erschließung neuer Nutzergruppen
 - zur Erhöhung der Nutzungsintensität, Verfügbarkeit und Effizienz des Bestandes
 - zur verstärkten Einführung elektronischer Medien
 - zur Mittelakquise (Sponsoring, Fundraising, privatwirtschaftliche Betätigungen etc.)
 - Entwicklung der Online-Informationendienste
 - Zusammenarbeit mit Kindertageseinrichtungen und Schulen
 - Integration von MigrantInnen
 - Barrierefreier Zugang
 - Öffnungszeiten und Personalentwicklung
 - Gebäude- bzw. Raumsituation
 - Konsolidierungsvorhaben
 - Öffentlichkeitsarbeit
 - Regelmäßige Berichterstattung zur Umsetzung der Konzeption

**zu 7.14 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Förderung bürgerschaftlichen Einzelengagement
Vorlage: V/2012/10865**

Herrn Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, berückte alle Anwesenden und erinnerte an den Diskussionen. Er betonte nochmals, dass es sich hierbei um die Förderung des Einzelengagements handele.

Keine weiteren Wortmeldungen

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

25 Ja-Stimmen

18 Nein-Stimmen

5 Enthaltungen

Beschluss:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt:

1. für bürgerschaftliches Engagement in der Stadt zu werben, Einzelinitiativen zu fördern, zu bündeln und eine Koordination dieser vorzunehmen;

2. für Einzelinitiativen eine Ansprechpartnerin oder einen Ansprechpartner für Bürgerinnen und Bürger zu benennen, welche resp. welcher zugleich das Einbinden der Aktivitäten in das Verwaltungshandeln übernimmt;
3. mögliche Formen der Transparenz des bürgerschaftlichen (Einzel-)Engagements zu etablieren und die Würdigung nachvollziehbar darzustellen.

**zu 7.15 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur
Korruptionsprävention
Vorlage: V/2012/10985**

Abstimmungsergebnis:

abgesetzt

im Ausschuss für Finanzen, städtische
Beteiligungsverwaltung sowie
Liegenschaften zurückgestellt

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt,

in einem jährlichen Bericht entsprechende Einzelaufstellungen über erhaltene Geld-, Sach- und Dienstleistungen aus Sponsoring mit einem Wert von mehr als 1.000 Euro in geeigneter Form zu veröffentlichen.

Neben den Angaben

- des Empfängers der Leistung,
- der Bezeichnung der Sponsoringleistung,
- der Höhe des Geldbetrages/des Wertes der Leistung
- der Verwendung der Sponsoringleistung

soll auch die Angabe des Gebers namentlich **sowie die Gegenleistung der Stadt aufgeführt werden.**

**zu 7.16 Antrag der Stadträtin Sabine Wolff (NEUES FORUM) zur Erstellung einer
Fußwegekonzeption
Vorlage: V/2011/10239**

Abstimmungsergebnis:

abgesetzt

im Ausschuss für Planungsangelegenheiten
vertagt

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt,
eine Fußwegekonzeption zu erstellen und dem Stadtrat bis Juni 2012 vorzulegen.

zu 8 Anträge von Fraktionen und Stadträten

**zu 8.1 Antrag der CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Sicherstellung des
Betriebs im Stadtbad der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2012/11193**

Herr Müller, CDU-Fraktion, erinnerte, dass das Thema schon eine ganze Weile in der Presse sei und gab zu bedenken, dass dies in der Haushaltsdiskussion im letzten Jahr auch schon ein Thema war.

Herr Müller sprach die Sperrung der Frauenhalle sowie das bedingte Schwimmen in der Männerhalle an.

Die Überlegung sei, wie man das Bad langfristig und wirtschaftlich betreiben könne. Zwar sei die Bäder Halle GmbH nun zuständig, dennoch könne man als Stadt nicht die Verantwortung abgeben. Es sei der Bedarf an Bädern da und die Stadtverwaltung ginge die ersten Schritte in die richtige Richtung.

Er sprach die Bündelung der Kompetenzen an.

Herr Krause, SPD-Fraktion könne sich nicht vorstellen, dass jemand die Inbetriebnahme des Stadtbades nicht unterstütze. Er schlug vor, den Antrag in den Finanzausschuss zu verweisen, dass dort das Thema aufgegriffen werde und die zuständigen Ansprechpartner sich dazu äußern.

Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM richtet das Wort an **Herrn Krause**. Er äußerte, dass man den Antrag relativ schmerzfrei unterstützen würde. Es sei wichtig ein tragbares Konzept zu erarbeiten, dass durch nicht so enorme finanzielle Auswirkungen belastet werde. Der Beschluss der Finanzierungsvereinbarung zu den Bädern sei verwiesen.

Herr Kley, FDP-Fraktion, meinte, dass es wichtig sei, dass die Stadt den Beschluss fasse, da ihr ja auch das Gebäude gehöre.

Er erwähnte, dass es bereits Erfahrungen in der Renovierung von Rehgipsdecken gäbe. Kleine Vereine haben diese, über Eigenanteil und Fördermittel, renoviert. Es müsse nicht immer die finanzielle Empore gesprengt werden, sondern man könne hier für einen Ideenpool sorgen.

Weiterhin könne auch dafür Sorge getragen werden, dass ein entsprechend vernünftiger Anteil und vielleicht hinzuziehen von Fördermittel möglich sein würde.

Abstimmungsergebnis:

verwiesen

durch Geschäftsordnungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion
in den

Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung unterstützt die Bäder Halle GmbH bei der Entwicklung eines tragfähigen Konzeptes zur langfristigen Sicherstellung des öffentlichen Schwimmens wie des Schwimmunterrichtes im Stadtbad der Stadt Halle (Saale).

zu 8.2 Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zu einem Tarifmoratorium der Mitteldeutschen Verkehrsverbund GmbH (MDV GmbH)

Herr Dr. Köck, Fraktion DIE LINKE, begrüßte die positive Stellungnahme im Punkt 1. Das Problem bestünde hierbei, dass es ein Mischverbund sei und die Unternehmen, die direkt an den Tarifeinnahmen interessiert seien, dort mitbestimmen. **Herr Dr. Köck** sprach an, dass der Punkt 2 nur als Druckmittel dienen sollte, dass die alternativen Formen auch möglichst schnell durchgeführt werden. Daher müssen beide Punkte einzeln abgestimmt werden, da die Arbeitsgruppe bereits gebildet wurde.

Der Beschluss sollte dort als Arbeitsauftrag eingebracht werden.

Herr Hildebrandt, CDU-Fraktion äußerte sich, dass im Namen der Fraktion, der Antrag noch nicht abstimmungsfähig sei. Dies müsse noch im Finanz- und Beteiligungsausschuss geklärt werden. Ein Kostenmoratorium sei weit weg von der Realität, daher verweist er den Antrag in den Finanzausschuss.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates wiederholt, dass der Antrag in den Finanzausschuss verwiesen wird

Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, entschuldigte sich dafür, dass hier ein redaktioneller Fehler unterlaufen sei und noch Kopien der ersten Fassung auslägen.

Er verstehe, dass so Kommunikationsschwierigkeiten auf gekommen sind. Er korrigierte die Schriftform und beantrage erst einer Tariferhöhung nach vorhergehender Beschlussfassung zuzustimmen.

Er sprach **Herrn Bürgermeister Herr Geier** an und erinnerte ihn, dass im MDV diskutiert wurde und dort bestimmte Tariferhöhungen beschlossen und auch von ihm getragen wurden.

Man wolle den Auftrag der Verwaltung geben, hier im Rat eine Beschlussfassung herbeizuführen.

Der korrigierte Antrag wird nachgesandt.

Herr Kley, FDP-Fraktion, sagte, dass es an dieser Stelle übertrieben werde.

Es gäbe zu viele Änderungsanträge der Fraktion DIE LINKE, dass die Leistungen erhöht bzw. erhalten werden und dort mehr gefahren werden solle.

An anderer Stelle wolle man keine Preiserhöhung. **Herr Kley** gab zu bedenken, dass die Stadtwerke sich im Moment nicht sicher sind, ob sie auf die nächsten zehn Jahre, die großen Summen, die sie im Moment erwirtschaften, der HAVAG zur Verfügung stellen können.

Es würde hier Forderungen in Hülle und Fülle angebracht, ohne sich darüber Gedanken zu machen, wie das gegenfinanziert werde.

Herr Kley gab weiterhin zu bedenken wenn es die Stadtwerke auch nicht finanzieren können, würde es dem städtischen Haushalt auferlegt werden. Er stellte die Frage in den Raum, wo denn noch abgestimmt werden solle. Er bat die Fraktion DIE LINKE, sich mit den, nach seiner Meinung nach, übertriebenen Anträgen zurück zuhalten.

Abstimmungsergebnis:

verwiesen

durch Geschäftsordnungsantrag der CDU-Fraktion
in den

Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften

Beschlussvorschlag:

1. Der Oberbürgermeister bzw. dessen Vertreter in der Gesellschafterversammlung der Mitteldeutschen Verkehrsverbund GmbH (MDV GmbH) werden beauftragt, im Rahmen der Strategiediskussion innerhalb der Gesellschaft auch alternative Formen zur Finanzierung des Öffentlichen Personennahverkehrs anstatt der jährlichen Tarifierhöhungen untersuchen lassen. Das Ergebnis dieser Untersuchung ist dem Stadtrat zur Kenntnis zu geben.
2. Der Stadtrat beauftragt den Oberbürgermeister bzw. dessen Vertreter in der Gesellschafterversammlung der MDV GmbH, bis zur Vorlage des Strategiepapiers „Entwicklung des Verbundraums und des integrierten Verbundsystems bis zum Jahr 2025“ keiner Tarifierhöhung zu zustimmen.

zu 8.2.1 **Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zum Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zu einem Tarifmoratorium der Mitteldeutschen Verkehrsverbund GmbH (MDV GmbH) (V/2012/11187)
Vorlage: V/2012/11260**

Abstimmungsergebnis:

verwiesen

durch Geschäftsordnungsantrag der CDU-Fraktion
in den

Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften

Beschlussvorschlag:

Beschlusspunkt 2 wird wie folgt ergänzt:

2. Der Stadtrat beauftragt die Oberbürgermeisterin bzw. deren Vertreter in der Gesellschafterversammlung der MDV GmbH, bis zur Vorlage des Strategiepapiers „Entwicklung des Verbundraums und des integrierten Verbundsystems bis zum Jahr 2025“ **etwaiger** keiner Tarifierhöhungen **erst nach vorheriger Beschlussfassung des Stadtrates** zuzustimmen.

zu 8.3 **Antrag der SPD-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Ausweisung weiterer einfacher Sanierungsgebiete
Vorlage: V/2012/11178**

Herr Felke, SPD-Fraktion, informierte darüber, dass es in der Stadt mehrere tausend Einzeldenkmäler gäbe, die zum Teil saniert seien.

Es gäbe auch andere Einzeldenkmäler, die nicht im Sanierungsgebiet liegen und denen es nicht so gut gehe und hier dringender Sanierungsbedarf bestünde.

Er riet an, hier nach Fördermitteln zu schauen, um dies abzuwenden.

Herr Felke erwähnte hierzu das Einkommensteuerrecht. Um dies nutzen zu können, brauche man eine weitere Ausweisung der Sanierungsgebiete.

Weiterhin erwähnte er, dass es eine Änderung der Stadtverwaltung gäbe, der man sicherlich folgen könne. **Herr Felke** merkte an, dass es für das konkrete Verfahren, eine Verbindung mit der ISEG nicht notwendig gewesen wäre.

Er merkte an, dass die Genehmigungspflicht nach §144 BauGB geben soll und diese müsste im Planungsausschuss noch mal besprochen und nicht in der Satzung mit aufgenommen werden.

Er erinnerte daran, dass das Ziel, bis Ende des 2. Quartal 2013, sowie ISEG und alle Sanierungsgebiete auszuweisen.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados wies darauf hin, dass es vernünftig sei diesen Antrag in den Planungsausschuss zu verweisen.

Abstimmungsergebnis:

verwiesen

durch Geschäftsordnungsantrag der Oberbürgermeisterin
in den

Ausschuss für Planungsangelegenheiten

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt:

Die Stadtverwaltung wird aufgefordert zu prüfen, für welche weiteren Gebiete der Stadt Halle (Saale) eine Satzung erlassen werden kann, um Sanierungsmaßnahmen nach vereinfachtem Verfahren zur Behebung städtebaulicher Missstände durchführen zu können. Die Anwendung der besonderen sanierungsrechtlichen Vorschriften nach §§ 152 bis 156 a BauGB wird dabei ausgeschlossen.

Die Vorlage entsprechender Satzungsentwürfe zur förmlichen Festlegung der einfachen Sanierungsgebiete erfolgt nach erfolgreicher Prüfung bis spätestens Ende des 2. Quartals 2013.

zu 8.3.1 Änderungsantrag der Oberbürgermeisterin zum Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Ausweisung weiterer einfacher Sanierungsgebiete (Vorlagen-Nr.: V/2012/11178 Vorlage: V/2012/11233

Abstimmungsergebnis:

verwiesen

durch Geschäftsordnungsantrag der Oberbürgermeisterin

in den
Ausschuss für Planungsangelegenheiten

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird aufgefordert, eine grundsätzliche und vertiefende Prüfung über die Ausweisung weiterer Sanierungsgebiete im vereinfachten Verfahren nach § 142 BauGB unter Ausschluss der §§ 152 bis 156a BauGB im Rahmen der Erarbeitung des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes (ISEK) 2025 vorzunehmen. Die Vorlage entsprechender Vorschläge für Gebietsabgrenzungen erfolgt mit Vorlage des Entwurfes für das Integrierte Stadtentwicklungskonzept.

**zu 8.4 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zu Vorlagen in Session
Vorlage: V/2012/11185**

Herr Kley, FDP-Fraktion, spricht sich für das Aktenablagensystem in Session aus. Durch die Einführung der elektronischen Ablage können einzelne Dokumente schneller zugeordnet oder ihre Bezifferung geändert werden. Weiterhin sei dann das aktuelle Dokument erkennbar. Dadurch könne man die Arbeit der Stadträte enorm erleichtern.

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, stimme dem Antrag zu.

Es sei auch attraktiver für die Bürger und Bürgerinnen, durch die bessere Zugänglichkeit. Er wies darauf ist, dass derzeit alle heruntergeladenen Dokumente, denselben Namen haben. Die Vorlagennummer taucht nicht mehr in der Datei auf und man müsse alles händisch aufrufen.

Herr Paulsen riet auch an, die Dokumentensammelfunktion für die Bürger freizuschalten. Er bestätigte, dass sie dem Antrag der FDP zustimmen und erläuterte, dass er die Durchnummerierung mit Buchstaben für übersichtlicher halte.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados stellte hier den Antrag dies in den Hauptausschuss zu verweisen, weil man miteinander beraten wolle, welches System hier eingeführt wird und welches System besser sei.
Daher wird der Antrag in den Hauptausschuss verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

verwiesen
durch Geschäftsordnungsantrag der
Oberbürgermeisterin in den
Hauptausschuss

Beschlussvorschlag:

Die Stadt Halle (Saale) prüft die Modifizierung der Vorlagennummern mit dem Ziel, Änderungen bereits anhand der Vorlagennummer nachvollziehen zu können.

**zu 8.5 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur
Brandschutzgrundsicherung der geplanten Grundschule Glaucha**

Abstimmungsergebnis:

abgesetzt

im Ausschuss für Finanzen, städtische
Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften
zurückgestellt

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, für eine Eröffnung des Grundschulstandortes Glaucha zum Schuljahr 2013/14 die notwendige Brandschutzgrundsicherung durchzuführen und die notwendigen Investitionsmittel in den Haushaltsplan 2013 einzustellen.

Hinsichtlich der Finanzierung ist vorrangig zu prüfen, ob Einnahmen aus Grundstücksveräußerungen, beispielsweise dem beschlossenen Verkauf des Grundstücks Gemarkung Kröllwitz, Flur 24, Flurstück 1354 – Teil-B-Plan-Nr. 32.9 (Beschluss des Finanzausschuss vom 18.09.2012 zur Vorlage V/2012/11015), für die Maßnahme genutzt werden können.

**zu 8.6 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Anbindung
des Universitätscampus Abderhaldenstraße
Vorlage: V/2012/11196**

Herr Kley, FDP-Fraktion, hätte vorher die Kompetenzen geklärt, da dieser Durchgang sich im Privatbesitz befinde. Daher ist **Herr Kley** dafür, dass der Antrag in den Ausschuss für Planungsangelegenheiten verwiesen werde.

Da keine weiteren Wortmeldungen erfolgen, wird dieser Antrag in den Ausschuss für Planungsangelegenheiten verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

verwiesen

durch Geschäftsordnungsantrag der
FDP-Stadtratsfraktion in den
Ausschuss für Planungsangelegenheiten

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt,

Verhandlungen mit der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg aufzunehmen, um barrierefreie Lösungen zur Anbindung des Universitätscampus Abderhaldenstraße über die neue Passage Steintor zum Platz Am Steintor gemeinsam zu realisieren.

**zu 8.7 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Errichtung
eines Informationsportals freie Kita-Plätze
Vorlage: V/2012/11197**

Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, sagte, dass laut des

Beigeordneten Herrn Kogge, sich die Situation an den Kindertagesstätten positiv gestalte.

Sie erwähnte, dass sie in der Pause von einer Tagesmutter angesprochen wurde, dass Eltern, die keinen Kindergartenplatz haben, 10 Beantragungen an unterschiedlichen Kitas machen müssen, ehe sie überhaupt eine Genehmigung bekommen eine Tagesmutter zu beauftragen.

Da es zu erwarten sei, dass die Kinderrate steige, wird beantragt, dass dieser Antrag in den Jugendhilfeausschuss verwiesen wird, um ihn dort fachgerecht beraten zu können.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, wiederholte dass der Antrag in den Jugendhilfeausschuss verwiesen wurde.

Abstimmungsergebnis: **verwiesen**

durch Geschäftsordnungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM
in den
Jugendhilfeausschuss

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt,

auf der halleschen Internetseite (www.halle.de) ein Informationsportal bis zum 1.3.2013 einzurichten, um Eltern eine schnelle Übersicht zu freien Plätzen von Kindertagesstätten von freien Trägern und dem Eigenbetrieb Kindertagesstätten sowie von Betreuungsangeboten von Tagespflegepersonen (Tagesmütter/-väter) anzubieten.

**zu 8.8 Dringlichkeitsantrag der Fraktionen DIE LINKE. und MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Kindertagesstätten-Zuschussfinanzierung
Vorlage: V/2012/11263**

Frau Oberbürgermeisterin Szabados gab zu bedenken, dass dieser Antrag als Dringlichkeitsantrag eingereicht wurde. Es sei unverantwortlich dies jetzt zu entscheiden, daher stelle sie den Geschäftsordnungsantrag, per Mehrheitsbeschluss den Antrag, in den Finanzausschuss sowie in den Hauptausschuss zu verweisen.

Es müsse umfassend im Hauptausschuss sowie in den Finanzausschuss diskutiert werden

Herrn Knöchel, Fraktion DIE LINKE, stimmte der intensiven Besprechung des Dringlichkeitsantrages zu..

Herr Schachtschneider, CDU-Fraktion, stellte den Geschäftsordnungsantrag dies zusätzlich in den Jugendhilfeausschuss zu verweisen

Frau Raab, FDP-Fraktion, spricht sich dagegen aus, da es sich hierbei um finanzielle Sachen handeln würde.

Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, lehne den Antrag auf Verweisung ab, da dieser Sachverhalt im letzten Jugendhilfeausschuss besprochen und abgelehnt wurde.

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, schließt sich der Äußerungen von Frau Wolff an. Es müsse mit den fachlich zuständigen Träger geredet werden, in welchem Maße oder wo überhaupt Geld herkommen könne.

Abstimmungsergebnis

zur Verweisung in den Jugendhilfeausschuss: mehrheitlich zugestimmt

Herr Knöchel, Fraktion DIE LINKE, sprach die Äußerung von **Frau Raab** an. Dort hätte sie, als ausgewiesene Expertin der Jugend hilfreich erklärt, dass in Halle alles geregelt sei und mit den Trägern verhandelt würde.

Herr Knöchel erklärte, dass er mit 4 Trägern daraufhin telefoniert habe und er 4 mal ein „Nein“ auf seine Frage hin, ob mit Ihnen wegen dieser Regelung verhandelt werden würde, erhalten habe.

Er bemängelte, dass die Schilderung von **Frau Raab**, nicht der Wahrheit entspreche.

Auf Zwischenrufe von **Herrn Felke** erinnerte **Herr Knöchel** ihn daran, dass jede Fraktion nach dem Verweisen eines Antrages sich noch mal zu der Sache äußern könne.

Herr Knöchel setzte seine Rede fort. Er gab zu bedenken, dass es hier um keine Spätaufgabe ginge. Selbst in Magdeburg, habe man dafür gekämpft, dass keine Personalkosten von den Eigenanteilen verwendet werden.

Das habe ihm ein CDU Kollege aus Magdeburg erklärt. Desweiteren sei ein Teil der Regelung am 01.01. obsolet, da es in den Vorschriften, da hätte ihn eine SPD - Kollegin im Landrat darauf hingewiesen, dass der Eigenanteil an sich eine Frechheit sei, denn die Träger bringen für die jeweilige Gemeinde die Leistungen.

Man habe versucht einen maßvollen Eigenanteil von den Trägern zu erhalten. Er pflichtete **Frau Raab** bei, dass wenn es Eigenanteile gäbe, dass erneute Verhandlungen mit den Trägern notwendig seien.

Die haben bisher noch nicht stattgefunden. Um die Liquidität der Träger sollte mit diesen Antrag gesichert werden.

Herr Knöchel führt seine Rede fort und appellierte an alle Anwesenden, dass man die dringende Erwartung an die Stadt Halle habe, dass sie ihre Pflicht zur Betreuung ihrer Kinder nicht durch irgendwelche Spielerrein gefährdet.

Frau Raab stimmte Herr Knöchel zu, dass die freien Träger an den 5 % knappen und bestimmt 99,9% diese nicht bringen können.

Dafür seien aber die Einzelverhandlungen in der KiföG da. Diese seien auch in den Richtlinien der Stadthalle vorhanden. **Frau Raab** wies darauf hin, dass es sich hierbei um bis zu 5% und nicht um genau 5% handeln würde.

Sie gab zu bedenken, dass die Stadt Halle, im Gegenzug von anderen Städten, bisher noch keinen Gebrauch davon machte.

Die Träger müssten nachweisen, dass sie nicht leistungsfähig sind. Man könne nicht nur diesen Beschluss, die gesetzlichen Vorgabe, die auch in den Richtlinien besteht, bis zu 5% durch so einen Beschluss. Jeder Träger würde bis nur 0,3 % zahlen und das würde Angesicht der Haushaltsituation, die falsche Systematik sein.

Frau Wolff gab zu bedenken, dass die Probleme wieder in der Kommunikation bestünden.

Die Briefe seien bereits versendet wurden, ohne zu Verhandeln. Das Problem wurde im letzten Jugendhilfeausschuss diskutiert und dort sagte man, dass sich für 2012 erledigt hätte und der Träger wurde sogar aufgefordert, seinen Antrag zurück zu ziehen, weil sich dies mit der Beschlussvorlage erledigt hätte.

Durch Anrufe unterschiedlicher Trägern wurde der Dringlichkeitsantrag gestellt. Die Verweisung sei unglücklich. **Frau Wolff** erinnerte daran, dass keine Verhandlungen mit den Trägern stattgefunden hätten, sondern diese einfach einen Brief erhalten habe. Weiterhin finde sie es unmöglich, dass der zuständige Dezernent nicht in der Lage ist die eigentlichen mitteln einzustellen.

Jetzt würde man versuchen hier das Geld herzubekommen

Frau Oberbürgermeisterin Szabados, rief in die Menge und erinnerte **Frau Wolff** daran, dass sie doch den Haushalt beschließe.

Abstimmungsergebnis:

verwiesen

durch Geschäftsordnungsantrag der Oberbürgermeisterin
in den

**Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften,
Hauptausschuss**

durch Geschäftsordnungsantrag der CDU-Stadtratsfraktion
in den

Jugendhilfeausschuss

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt:

Die Richtlinie über die Finanzierung der Leistungs- und Qualitätssicherung der Kindertageseinrichtungen in der Stadt Halle (Saale) zur Erstattung der notwendigen Betriebskosten von Kindertageseinrichtungen in der Stadt Halle (Saale) gemäß § 11 (4) KiföG vom 12.11.2004, Stadtratsbeschluss vom 26.03.2008 (Beschluss – Nr.: IV/2007/06566), wird in § 5.4 Eigenanteil Absatz 2 wie folgt geändert:

Geänderte Regelung (kursiv und fett gedruckt):

„Gemäß § 11 Absatz 4 KiFöG bemisst sich der Eigenanteil von in der Regel bis zu 5 v. H. an den notwendigen Gesamtkosten.

Der Eigenanteil der freien Träger in der Stadt Halle (Saale) wird auf 0,3 % der notwendigen Gesamtkosten festgelegt. Diese Regelung gilt für die Jahre 2012 und 2013.“

Wenn durch den Träger nachgewiesen wird, dass seine wirtschaftliche Kraft nicht ausreicht, kann auf Antrag gegenüber der Stadt Halle (Saale), Fachbereich Kinder, Jugend und Familie, ein niedrigerer Eigenanteil angesetzt werden“

zu 8.9 Dringlichkeitsantrag der CDU-Stadtratsfraktion zur Berufung einer sachkundigen Einwohnerin in den Bildungsausschuss

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschluss:

Frau Cathleen Stahs scheidet als sachkundige Einwohnerin aus dem Bildungsausschuss aus.

Frau Friederike Lange wird als sachkundige Einwohnerin in den Bildungsausschuss berufen.

zu 9 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

zu 9.1 Anfrage der CDU-Fraktion zur Beteiligung der Stadt Halle (Saale) an der Repräsentanz Sachsen-Anhalts in Shanghai
Vorlage: V/2012/11189

Hierzu erfolgten keine Wortmeldungen.

zu 9.2 Anfrage des Stadtrates Roland Hildebrandt (CDU-Fraktion) zum Planungsstand der Justizvollzugsreform in Halle
Vorlage: V/2012/11199

Hierzu erfolgten keine Wortmeldungen.

zu 9.3 Anfrage des Stadtrates Raik Müller (CDU-Fraktion) zum Auszahlungs- und Bearbeitungsstand des Erstsemesterbonus
Vorlage: V/2012/11195

Herr Müller, CDU- Fraktion sagte, dass er dem ihm vorliegenden Unterlagen entnehmen könne, dass im Jahr 2011 263.000 EUR und für das Jahr 2012 ein Betrag von 0 Euro ausgegeben wurde.

Ihm sei bekannt, dass es sich hierbei um freiwillige Leistungen handle.

Er merkte an, dass der Gleichstellungsausschuss schneller gewesen sei und dort die Freigabe der Mittel bereits erteilt wurde. Er fragte, woran es liege, dass mit der Auszahlung des Erstsemesterbonus gewartet wurde.

Des Weiteren wurde ein Freigabeantrag gestellt. Er fragte, ob vom Finanzausschuss Informationen zu dieser Freigabe gegeben werden können.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados erinnerte daran, dass die Entscheidung noch ausstünde, weiterhin wies sie auf die bestehende Haushaltssperre hin. Es könne im Moment keine Freigabe erfolgen und es gäbe auch keine Möglichkeit der Änderung.

Herr Müller, erwiderte, dass er dies zunächst hinnehmen werde.

Er fragte, welche Gründe dafür vorlagen, dass die Auszahlungen nicht noch vor der Haushaltssperre erfolgten.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados sagte, dass sie dies nicht beantworten könne. Die Anträge lägen vor und es sei keine Auszahlung erfolgt, in der kurzen Zeit wo es hätte erfolgen können und nun bestünde die Haushaltssperre. In der Haushaltssperre sei keine Auszahlung möglich.

**zu 9.4 Anfrage des Stadtrates Andreas Scholtyssek (CDU) zu Aktivitäten der Stadt im Bereich europäische und internationale Beziehungen
Vorlage: V/2012/11181**

Die Beantwortung könne erst im Dezember gegeben werden.

**zu 9.5 Anfrage der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zu nicht verbrauchten Mitteln aus dem Bildungs- und Teilhabepaket
Vorlage: V/2012/11188**

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE, nahm die Beantwortung zur Kenntnis. Er habe jedoch Nachfragen dazu.

In der Antwort der Verwaltung stünde, dass verbleibende Mittel in Höhe von 2.506.844 EUR zur Deckung der Mehraufwendung von Hilfen zur Erziehung in einem Umfang von 2.483.003 EUR, sowie Mehraufwendungen in dem Asylbewerberleistungsgesetz von 24.000 EUR vorgeschlagen werden.

Er erinnerte daran, dass heute einen Beschlussvorlage verlesen wurde, in dem 1,8 Mio. EUR für Hilfe und Erziehung und etwas über 660.000 EUR für den Bereich Kindertagesstätte vorgeschlagen wurde.

Herr Dr. Merrheim stellte die Frage was nun stimme, da diese Aussage nicht mit der Antwort korrespondieren würde. Stimme diese Dringlichkeitsbeschlussvorlage, die heute alle erhalten haben oder die Aussage, die man jetzt habe. Er erinnerte daran, dass der Deckungsvorschlag war, dies aus BuT zu nehmen.

Herr Bürgermeister Geier äußerte, dass die Untersetzung der überplanmäßigen Ausgaben in Ordnung sei. Er merkte an, dass die weitere Untersetzung der Verwendung der BUT Mittel im Dezember erfolge.

Herr Dr. Meerheim merkte an, dass die schriftliche Beantwortung nicht richtig sei.

Herr Bürgermeister Geier bestätigte dies.

Nun fragte **Herr Dr. Meerheim** nach, warum man dies nicht erwähnt habe, sondern es einfach hingelegt habe. Er fuhr fort und bat um die Überarbeitung der Anfrage mit den korrekten Zahlen und Angaben sowie einer Gegenüberstellung.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados erwiderte, dass eine neue Überarbeitung erfolgen werde.

Sie habe es so aufgefasst, dass die Hilfen zur Erziehung noch mehr Kosten und ein Teil darüber abgefangen werde, aber nicht alles.

Sie könne nicht versprechen, dass die Zahlen stimmen, aber sie sicherte eine Überarbeitung dazu. Die Überarbeitung werde **Herr Bürgermeister Geier** vornehmen.

zu 9.6 Anfrage der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zum 80. Jahrestag der Machtübernahme durch Hitler am 30. Januar 1933
Vorlage: V/2012/11190

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, verlas den Punkt und erwähnte, dass es noch keine Antwort gäbe.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados ergriff das Wort und entschuldigte sich dafür, dass es noch keine Antwort gab. In der Antwort würde stehen, dass man sich darum kümmern werde. Man verschiebe die Antwort auf die nächste Sitzung.

zu 9.7 Anfrage der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zu Ergebnissen der Probefraktion der HAVAG zur europäischen Woche der Mobilität
Vorlage: V/2012/11191

Die Beantwortung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 9.8 Anfrage der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Betreuung in halleschen Kindertagesstätten
Vorlage: V/2012/11184

Frau Raab, FDP-Fraktion, merkte zu Punkt 7 an, dass die Aussage der Aktivitäten der Tagesmütter falsch sei.

Weiterhin unterstütze das Jugendamt mögliche individuelle Neueinsteiger und verweigere sich aber den Projekten, in dem die europäische Union diese Personen ausbilden würde.

Frau Raab fragte, dass, wenn Eltern eine Wartezeit auf einen Kindertagesplatz von 1 bis 4 Jahren haben, ob die Stadtverwaltung der Meinung sei, dass dies dem Rechtsanspruch auf Kitatagesplatz entspräche.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados antwortete, dass die Wartezeiten von 1 bis 4 Jahren nur im Stadtzentrum bestünden.

Frau Szabados räumte ein, dass sie sich diese Thematik im Detail anschauen müsse. Sie sei bisher davon ausgegangen, dass es in bestimmten Stellen der Stadt noch freie Plätze geben.

Beim genaueren Betrachten der Zahlen habe sie festgestellt, dass die Informationen, die sie bisher hatte nicht ganz aktuell gewesen seien.

Sie stellte fest, dass Kitaplätze benötigt werden. Es ginge hier jedoch nicht um die Örtlichkeiten sondern fehle es an Fachpersonal. Damit man dem Rechtsanspruch erhalten könne, müsse es Programme geben, die Tagesmütter heranzuführen.

**zu 9.9 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Handel mit und
Herausgabe von Einwohnermeldedaten
Vorlage: V/2012/11097**

Hierzu erfolgten keine Wortmeldungen.

**zu 9.10 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Tagesmüttern und -
vätern in Halle (Saale)
Vorlage: V/2012/11198**

Hierzu erfolgten keine Wortmeldungen.

**zu 9.11 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Förderprogramm
"Sachsen-Anhalt KLIMA"
Vorlage: V/2012/11203**

Hierzu erfolgten keine Wortmeldungen.

**zu 9.12 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Zuweisungen des
Landes für Aufgaben der Schülerbeförderung
Vorlage: V/2012/11206**

Hierzu erfolgten keine Wortmeldungen.

**zu 9.13 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Konzeptionierung von
Anpassungsstrategien an den demografischen Wandel
(Demografiekonzept)
Vorlage: V/2012/11210**

Die Anfrage wurde vertagt.

zu 9.14 **Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Lärmschutz während der Bauzeit von Zugbildungsanlage und Bahnknotenausbau in Halle**
Vorlage: V/2012/11212

Hierzu erfolgten keine Wortmeldungen.

zu 9.15 **Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Verkehrswirkungen der Regierungspräsidiums-Sanierung im Paulusviertel**
Vorlage: V/2012/11213

Hierzu erfolgten keine Wortmeldungen.

zu 9.16 **Anfrage der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zum Fachkräftemangel in Kindertagesstätten**
Vorlage: V/2012/11200

Frau Wolff merkt hierzu an, dass Tagesmütter nicht ausgebildet werden, Fachkräftemangel werde nicht durch Absolventen unterstützt. Das Thema muss ernsthaft behandelt werden und nicht immer wieder verschoben werden.

zu 9.17 **Anfrage des Stadtrates Denis Häder (MitBÜRGER für Halle) zur Sondernutzungsgebührenordnung**
Vorlage: V/2012/11086

Hierzu erfolgten keine Wortmeldungen.

zu 9.18 **Anfrage des Stadtrates Denis Häder (MitBÜRGER für Halle) zu sog. mobilen Eis-Verkaufsständen (Eis-Auto)**
Vorlage: V/2012/11201

Hierzu erfolgten keine Wortmeldungen.

**zu 9.19 Anfrage der Stadträtin Sabine Wolff (NEUES FORUM) zu Projekten des
Eigenbetriebes für Arbeitsförderung
Vorlage: V/2012/11204**

Hierzu erfolgten keine Wortmeldungen.

**zu 9.20 Anfrage der Stadträtin Sabine Wolff (NEUES FORUM) zum Programm
„Familien stärken" - Familienintegrationscoach
Vorlage: V/2012/11214**

Hierzu erfolgten keine Wortmeldungen.

zu 10 Mitteilungen

Frau Oberbürgermeisterin Szabados entschuldigte sich dafür, dass sie am Anfang der Stadtratssitzung vergessen haben eine Mitteilung zu machen.

Der Beigeordnete Herr Kogge, sei heute nicht anwesend. Er vertrete sie in dem Präsidium des Rates der Gemeinden und Regionen Europas. Sie machte deutlich, dass er sich auf Dienstreise befinde.

**zu 10.1 Schuldenbericht 2011 der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2012/11105**

abgesetzt

**zu 10.2 Fortschreibung Personalbericht 2012 der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2012/11008**

Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 10.3 Gesundheitsbericht 2010-2011 der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2012/11009**

Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 10.4 Salinetechnikum
Vorlage: V/2012/11043**

Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

Es gab keine weiteren Mitteilungen.

zu 11 mündliche Anfragen von Stadträten

Anfrage Frau Wolff zu einer Jugendhilfeeinrichtung

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates bittet alle um etwas Geduld.

Er verwies auf eine mündlich Anfrage, die vor 2 Tagen gestellt wurde. Sie beinhalte 3 Fragen. Es gab noch keine Stellungnahme von der Verwaltung dazu.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates las folgenden Sachverhalt vor:

Der Presse war zu entnehmen, dass eine Hallenserin die Jugendhilfeeinrichtung „Geschwisternest“ angezeigt habe, die von einem Verein betrieben und von der Stadt Halle finanziell gefördert wird.

1. Ist die Stadtverwaltung von den Vorgängen informiert und wenn ja
2. wenn ja, warum unterrichtet sie nicht die Stadträte im Jugendhilfe Ausschuss über solche Vorgänge
3. Welche Maßnahmen wurden hat die Stadtverwaltung zum Schutz der Kinder und zur Aufklärung der Vorwürfe ergriffen?

Herr Dr. Wiegand sprach an, dass man in der Stadtverwaltung über die Vorgänge informiert sei. Die Unterrichtung dazu erfolge im nächsten Jugendhilfeausschuss. Er informierte, dass derzeit intensive Aufklärungsmaßnahmen stattfänden.

Über diese Aufklärungsmaßnahmen würde man in dem nächsten Jugendhilfeausschuss, im nicht öffentlichen Teil unterrichten. Weiterhin sei im öffentlichen Teil ein Verfahren im Gang.

Anfrage Herr Hopfgarten

Herr Hopfgarten SPD-Fraktion erwähnte, dass seine Fraktion einen ganzen Fragekatalog zu den Hilfen zur Erziehung erstellt habe und dieser nachher vorgereicht werden würde

Er möchte diesen Fragenkatalog nur anreissen:

1. Wie hoch ist die Zahl, der bisher, im Jahr 2012 durchgeführten Hilfen zur Erziehung nach SGB 8?

2. Wie viele Kinder erhielten 2012 Hilfen?
3. Wie hoch liegen, im Jahr 2012, nach Fallgruppen aufgeschlüsselt, die Kosten pro durchgeführter Hilfe?
4. Wie hoch liegen die Kosten pro Kind und Monat bisher im Jahr 2012?
5. Wie hoch liegen die Kosten im Jahr 2012 insgesamt für Kosten und Erziehung im Vergleich mit dem Durchschnitt der ostdeutschen Großstädte?
6. Wie hoch liegen die Kosten im Vergleich nach Fallgruppen aufgeschlüsselt im Vergleich mit dem Durchschnitt der ostdeutschen Großstädte?
7. Wie hoch liegen die Kosten pro Kind und Monat im Jahr 2012 im Vergleich mit dem Durchschnitt der ostdeutschen Großstädte?
8. Wie erklärt sich die Verwaltung, im Einzelnen, mögliche Abweichungen im Kostenvergleich mit dem Durchschnitt der ostdeutschen Großstädte.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados entgegnete, dass man so etwas nicht mündlich beantworten könne. Sie ermahnte Herrn Lange, Fraktion DIE LINKE, dass jede Fraktion das Recht habe, sein Anliegen mündlich vorzutragen und schriftlich darlegen könne. Es habe jeder Stadtrat das Recht mündliche Anfragen zu stellen.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, kommentierte den Wortwechsel ebenfalls, dass es in Öfteren angemahnt wurde, dass wirklich Fragen, die nachvollzogen werden können, hier gestellt würden.

Herr Krause zum aktuellen Stand des Sparberaters

Herr Krause erwartet, dass seine Frage gleich beantwortet könne.

Er würde gerne wissen, wie der aktuelle Stand um die Ausschreibung des sogenannten Sparberaters, sei.

Wann und in welcher Form die Räte mit einbezogen würden, denn dieser sei nicht nur ein Partner für die Verwaltung sondern auch für die Räte.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados erinnerte Herrn Krause daran, dass sie diese ehrenvolle Aufgabe an den **Herrn Bürgermeister Geier** übergeben habe.

Herr Bürgermeister Geier informierte, dass sich mit Ende der Ausschreibungsfrist 11 Bewerber bzw. Interessenten gemeldet haben. Verwaltungintern gäbe es auch schon eine erste Sichtung. Es fand bereits ein Gespräch bei dem Landesverwaltungsamt, in der Arbeitsgruppe Haushaltskonsolidierung, statt.

Das Landesverwaltungsamt sichtet die Bewerberunterlagen und der Präsident des Landesverwaltungsamt, wird in einen erneuten Termin, die weitere Auswahl der Bewerber treffen. Dieser Termin würde Anfang Dezember stattfinden.

Herr Lange zu Stellungnahme der Stadt Halle im Landtag

Herr Lange, Fraktion DIE LINKE, erinnerte daran, dass **Herr Beigeordneter Kogge Frau Oberbürgermeisterin Szabados** im Landtagsausschuss vertrete und somit bei dieser Stadtratssitzung nicht anwesend sei.

Weiterhin kritisiert er, dass es scheinbar nicht möglich war, im letzten Monat, eine Stellungnahme im Ausschuss abzugeben. Er stellte seine Frage erneut, ob es eine Einladung der Stadtverwaltung gegeben hätte, daran teilzunehmen und warum nicht dran teilgenommen wurde. Es sei seines Wissens keine schriftlich Stellungnahme abgegeben wurden.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados antwortete, dass sie **Herrn Bürgermeister Geier** gebeten hatte, dieses schriftlich zu beantworten. Die Vertreterin der Stadt Halle, der Oberbürgermeister bzw. die Oberbürgermeisterin hatte keine Einladung. Alles Weitere werde **Herr Geier** schriftlich beantworten.

Herr Trömel zu Überlastungsanzeigen in städtischen Kindertagesstätten

Herr Trömel, Fraktion DIE LINKE., fragte **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** direkt, wie viele aktuelle Überlastungsanzeigen von städtischen Kindertagesstätten derzeit vorlägen und wie mit den Überlastungsanzeigen umgegangen werde.

Er fragte weiterhin, wie den Eltern geholfen werde, die darum gebeten werden, sich um die Betreuung ihrer Kinder zu kümmern. Beispielsweise sollen sie diese in andere Einrichtungen unterbringen, da die Kinder derzeit vor Ort nicht betreut werden können.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados fragte, ob es sich hierbei um Überlastungsanzeigen im Sinne von Anträgen der Kinderbetreuung handeln würde, denn im ersten Moment habe sie gedacht, es würde hier um die Überlastungsanzeigen von Mitarbeitern gehen.

Unverständliche Wortmeldung

Frau Oberbürgermeisterin Szabados wiederholte fragend, ob es sich hierbei um die Überlastungsanzeige von Mitarbeitern in städtischen der Kindertagesstätten handeln würde, damit sie hier auch eine richtige Antwort geben könne.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados sagte, dass **Herr Böhnke, Referent**, sich dies notiere und eine schriftliche Antwort gegeben werde. Derzeit könne sie keine genauen Angaben zu der Anzahl der Überlastungsanzeigen geben.

Unverständliche Wortmeldung von Herrn Trömel

Frau Oberbürgermeisterin Szabados sagte, dass sie erst recherchieren müsse und daher keine Antwort darauf geben könne, wie man mit den Eltern in dieser Beziehung umgehe. Sie sagte eine schriftliche Antwort zu.

Anfrage Herr Dieringer zur Beschilderung Willy-Brandt-Straße

Herr Dieringer, CDU-Fraktion, stellte fest, dass es in der Beschlussfassung festgehalten wurde, dass die parallele Namensführung eine gewisse Zeit, für die Gewerbetreibende, aufrechterhalten würde.

Beim Vorbeifahren habe er heute gesehen, dass ein Schild am Rannischen Platz überklebt sei und die anderen bereits entfernt wurden.

Herr Dieringer wollte wissen, ob hier noch eine Korrektur erfolgen würde.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados gab bekannt, dass alle beiden Schilder dran sein sollten. Durch das überkleben sollte verdeutlicht werden, dass eine Umbenennung stattgefunden habe.

Dies sollte jedoch lesbar sein. Sie sicherte zu, dass eine Kontrolle stattfände.

Herrn Stäglin, Beigeordneter für Planen und Bauen, stimmte zu, dass die Schilder überklebt wurden seien.

Er habe bei Umbenennung den Pressevertretern gesagt, dass seit gestrigen Tag bereits fünf Schilder entwendet wurden.

Er scherzte und meinte, dass vielleicht Souvenirjäger unterwegs seien.

Da offensichtlich Schilder entfernt wurden, könne man davon ausgehen, dass diese unbefugt entwendet wurden.

Man könne jedoch nicht wieder Schilder herstellen und ziehe deshalb in Betracht, laminierte Schilder als vorübergehende Alternative zu verwenden, um die Auffindbarkeit zu gewährleisten.

Frau Dr. Bergner zur Stiftung Moritzburg

Frau Dr. Bergner, CDU-Fraktion, wandte sich direkt an **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** und stellte fest, dass diese die Stadt Halle in der Stiftung Moritzburg vertrete. Der Presse konnte man entnehmen, dass Vorgänge der Überführung in *Stiftung Dome und Schlösser* erfolgen.

Sie fragte nach der Bedeutung der Überführung für Halle und mit welchen Änderungen dies verbunden sei. Weiterhin fragte sie, ob es gewährleistet werde, dass dies als Kunstobjekt erhalten bleibe.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados, gab zu bedenken, dass eine mündliche Beantwortung den zeitlichen Rahmen sprengen würde. Alle werden dies in Schriftform erhalten.

Sie erinnerte daran, dass man damals einen Vertrag abgeschlossen habe, in dem stünde, dass sichergestellt sei, die Moritzburg bzw. die Sammlungen in Halle bleiben würden.

Es sei sichergestellt, dass diese für die Öffentlichkeit zugänglich blieben und dass die Moritzburg das Kunstmuseum des Landes Sachsen Anhalt bleibe.

Frau Oberbürgermeisterin Frau Szabados versicherte es ging nur die Betriebsführung an die *Stiftung Dome und Schlösser* über. Alles andere würde eigenständig und selbstständig bleiben.

Sie merkte an, dass eine Namensänderung erreicht wurde. Bisher hieß es; „*Stiftung Moritzburg Kunstmuseum*“ und man habe ihr zugesichert dies in „*Stiftung Moritzburg Halle*“ zu ändern. Dies würde in der Sitzung im Dezember offiziell beschlossen werden.

Herr Kley zum Lichterfest/ Marktschreier

Herr Kley, FDP-Fraktion erinnerte an das traditionelle Lichterfest, welches vom 2.11. bis zum 4.11. mit großem Besucherandrang, stattfand.

In diesem Jahr wurde das Lichterfest von den Marktschreibern begleitet.

Er fragte, ob die Verwaltung der Meinung sei, dass die beiden Feste zueinander gehörten. Weiterhin sei er interessiert daran, ob Absprachen mit den Initiatoren und Veranstalter des Lichterfestes bezüglich der Marktschreier getroffen wurden.

Frau Oberbürgermeisterin Frau Szabados informierte, dass sie der Meinung sei, dass diese zwei Feste nicht zusammen gehören.

Herr Neumann, Beigeordneter für Wirtschaft, Wissenschaft und Arbeit, informierte darüber, dass der Verwaltung erhebliche Differenzen zu der Darstellung und der Durchführung der Marktschreier, aufgefallen seien.

Daher werde man für die Zukunft diese Veranstaltungen nicht mehr parallel laufen lassen bzw. sei es überhaupt fraglich, ob eine Veranstaltung mit Marktschreibern in diesem Umfang noch einmal stattfände.

Herr Dr. Diaby zur Verschuldung der Bürger der Stadt Halle (Saale)

Herr Dr. Diaby, SPD-Fraktion, fragte ob es bekannt sei, dass Bewohner der Stadt Halle enorm verschuldet seien.

Er fragte nach der Beratungslandschaft für die Schuldner und Schuldnerinnen in der Stadt Halle.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados antwortete, dass der Stadtverwaltung das Problem bekannt sei.

Welche Beratungsleistungen die Verwaltung oder freie Träger leiste, werde schriftlich beantwortet.

Herr Bönisch zum Sparberater

Herr Bönisch habe eine Nachfrage bezüglich der Aussage von Herrn Bürgermeister Geier zum Sparberater.

Es sei von Interesse, wie die Verfahrensweise bezüglich des Sparberaters sei. In welcher Weise würde der Stadtrat hinzugezogen, bliebe noch eine Entscheidungsfreiheit oder würde jemand vorgeschlagen? **Herr Bönisch** bat um Bekanntgabe der zeitlichen Abläufe.

Herr Bürgermeister Geier informierte, dass der Ablauf bereits besprochen sei. Man würde sich auf jemanden einvernehmlich verständigen und dann das zuständige Gremium, in dem Falle den Hauptausschuss, darüber informieren.

Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, fragte nach, ob er es richtig verstanden habe, dass der Beschluss nicht im Hauptausschuss zu fassen sei.

Er sei davon ausgegangen, dass die Fraktionen diesen bestellen würde. **Herr Wolter** erwähnte, dass schließlich die Haushaltstelle nicht vom Land bezahlt werde, sondern dieser kostenmäßig übernommen werde.

Herr Bürgermeister Geier, sagte, dass dies so nicht im Beschlusstext stehen würde. R sagte zu, dies nochmals zu prüfen.

Herr Wehrich zur Anhörung im Landtag zum FAG

Herr Wehrich, Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN fragte, ob es richtig sei, dass die Oberbürgermeisterin keine persönliche Einladung vom Landesverwaltungsamt in Bezug auf die Anhörung zum FAG erhalten habe.

Weiterhin bat er um Bestätigung, dass keine Einladung des Landverwaltungsamtes eingegangen sei, wo im Adressfeld; **Stadt Halle Beigeordneter Herr Geier** stand. Er bat um Bestätigung, dass die Möglichkeit bestehe, dass sie diese Einladung in ihrer Funktion als Oberbürgermeisterin der Stadt Halle hätte an sich ziehen können, sofern sie an der Anhörung hätte teilnehmen wollen. Man könne davon ausgehen, dass dies auf offene Ohren im Landtag gestoßen wäre.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados stimmte den Ausführungen nicht zu. Sie erläuterte, dass der Landtag oder einzelne Fraktionen, einzelne Personen und Institutionen bzw. die Stadt Halle benennen können, um sie dort anzuhören. Wenn man eine einzelne Person hätte anhören wollen, so hätte die Einladung an diese Person gerichtet sein müssen.

Wenn, so habe sie erfahren, die **Fraktion der DIE GRÜNEN**, die Stadt Halle hätte hören wollen, hätte die Einladung an **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** sein müssen.

Sie habe durch **Herrn Bürgermeister Geier** von der Einladung erfahren. Er sei gebeten wurden, seine Meinung darzulegen, wobei hier nicht klar war, ob es um seine persönliche Meinung ging oder ob es um die Stellungnahme von der Stadt Halle ginge.

Die einladenden Fraktionen haben Herrn Bürgermeister Geier benannt.

Herr Wehrich merkte an, dass der Vorschlag von ihm persönlich gekommen sei und er sich durch die Absage ein Stück weit persönlich beleidigt fühle.

Es sei auch ein Unding, dass die Stadt Halle die Gelegenheit nicht nutze, sich bei dieser Anhörung zu vertreten. In den Anhörungen ginge es immer um die persönliche Meinung und die Meinung der Institutionen. Die politische Meinung der Fraktion sei unberücksichtigt.

Zwischen der **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** und **Herrn Wehrich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Fraktion** entstand ein Wortgefecht bezüglich dem Erhalt der Einladung.

Herr Wehrich informierte, dass er die Einladung gesehen habe und räumte gleichzeitig ein, dass zwar nicht Frau Oberbürgermeisterin als Person im Adressfeld stand, sondern die Stadt Halle sowie **Herr Geier**. Es sei seiner Meinung nach wichtig, dass der **Finanzbeigeordnete** daran teilnehme.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados erinnert, dass der Oberbürgermeister **Herr Trümper** ebenfalls eine Einladung erhalten habe und er ihr versichert habe, in Rücksprache mit **Herr Geier**, dass die Position der Stadt Halle vertreten werden würde.

Die Frage von **Herr Wehrich**, ob **Frau Oberbürgermeisterin Szabados**, **Herrn Geier** angewiesen habe, nicht an der Veranstaltung teilzunehmen, blieb unbeantwortet.

Herr Knöchel, Fraktion DIE LINKE, erinnerte daran, dass es eine Landtagsdrucksache gäbe, in der die Stadt Halle, insbesondere Herr Bürgermeister Geier, sich zu dieser Anhörung entschuldigt habe.

Herrn Geier sei zudem ferner bekannt, dass er nicht von der **Fraktion DIE GRÜNEN** eingeladen wurden sei, sondern von den Präsidenten des Landtages. Die Einladung ging an die Stadt Halle Saale, **Herrn Oberbürgermeister Geier**.

Herr Bürgermeister Geier habe auf einen Kopfbogen der Stadt Halle, mit der Begründung, dass er nämlich diesen Tag im Stadtrat sei, abgesagt.

Demnach sei alles ordentlich verlaufen und man müsse seiner Meinung nach mit den Diskussionen dazu aufhören.

Es gab keine weiteren Anfragen.

Herr Knöchel zur Akteneinsicht HzE

Herr Knöchel wollte wissen, ob der Verwaltung bekannt ist, dass es eine Landtagsdrucksache gibt, in der die Stadt Halle (Saale) sich zur Abwesenheit bei der Anhörung entschuldigt hat.

Weiterhin wollte er wissen, ob es bekannt war, dass der Landtagspräsident die Einladung ausgesprochen hatte.

Es wurde nicht darauf geantwortet.

zu 12 Anregungen

zu 12.1 Anregung des Stadtrates Andreas Scholtyssek (CDU) zum Verzicht auf die Beschaffung von Verpackungen aus Biokunststoffen Vorlage: V/2012/11180

Die Anregung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 12.2 Anregung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Umsetzung von
Fahrradbügeln
Vorlage: V/2012/11209**

Die Anregung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 12.3 Anregung der Stadträtin Sabine Wolff (NEUES FORUM) zur Veröffentlichung
zu Betreuungsmöglichkeiten durch Tagespflegepersonen auf der
Homepage
Vorlage: V/2012/11205**

Die Anregung wurde zur Kenntnis genommen.

weitere Anregungen

**Anregung Frau Raab zur möglichen Ausschreibung der Stelle des
Stadtmarketingleiters**

Frau Raab, FDP-Fraktion äußerte sich zu dem Verwaltungshandeln und Entscheidungen der Verwaltungsspitze.

Sie nehme an, dass diese zeitbedingt, an den neuen Oberbürgermeister ginge.

Sie sprach den Marketing an. Keiner wüsste, ob **Herr Voß** ging oder bliebe. Daher bat sie, sofern die Stelle des Stadtmarketingleiters neu ausgeschrieben werden würde, dass der der Zuständigkeitsdschungel und das das Mitsprachedurcheinander sortiert seien. Man solle so vermeiden, dass die Bewerber nicht durch die Interessengruppen zerrieben werden.

Aufgrund der persönlichen Verknüpfungen und Zuständigkeit in der Marketingspitze, regte sie an, dort eine Veränderung der Zuständigkeiten vorzunehmen. Inhaltlich solle das dem künftigen Kulturbeigeordneten zugeordnet werden, da das Marketing eher als eine Kulturstandortwerbung zu verstehen sei.

Anregung Herr Wolter zum Sparberater

Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM äußerte, dass dies eine spontane Anregung auf die Antwort von **Herrn Bürgermeister Geier** in Sachen Berater sei.

Er rege an, dass von der Stadtverwaltung im nächsten Hauptausschuss eine Beschlussvorlage vorgelegt werde, in der der Berater durch den Hauptausschuss bestellt werde.

Es gab keine weiteren Anregungen.

zu 13 **Anträge auf Akteneinsicht**

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, informierte, dass zwei Anträge auf Akteneinsicht vorliegen.

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN zum Vertrag der Stadt Halle und des ESW Instituts. Hier geht es um die Erstellung eines Demographie Gutachtens, voraussichtliche Entwicklung des Bedarfs an kommunaler Infrastruktur in dem Bereich Kindertagesstätten, Horte und Schulen in der Stadt Halle bis zum Jahr 2025

Antrag der Fraktion DIE LINKE. zur Vorlage der Abwicklung der Anträge auf Hilfen zur Erziehung insbesondere der Zahlbarmachung im Jahr 2012.

Die Unterlagen des Jugendamtes sowie der Kämmerei sollen vorgelegt werden. Hierbei sollte Aufschluss über die Zahlungsrückstände gegeben werden.

Für die Richtigkeit:
Datum: 22.02.13

Dr. Bernd Wiegand
Oberbürgermeister

Harald Bartl
Vorsitzender des Stadtrates

Schneider
Protokollführerin